

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Niffringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhofs 4195/4196



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 5
Druckanschrift: Capobianchi

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Abdruckung für beide Seiten ist gratis.

Berlin, den 9. Juni 1931

Pr. Nr. 1247
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Nach Chequers.

SPD. Die deutsche nationalistische Presse beeilt sich, an der Hand des allgemein gehaltenen offiziellen Kommuniqués über die Verhandlungen von Chequers zu verkünden, dass die Begegnung zwischen den deutschen und den englischen Ministern ergebnislos verlaufen sei. Das ist eine grobe Irreführung. Denn ein konkretes Ergebnis konnte bei dieser ersten Fühlungnahme gar nicht herauskommen. Das ist hier vor Chequers mit aller Deutlichkeit vorausgesagt worden.

Die Besprechungen in England konnten nur der gegenseitigen Unterrichtung dienen, sie konnten nur den Auftakt zu einer kommenden Revision des Young-Plans bilden. Ein formeller Beschluss, zum Beispiel im Sinne der Einberufung einer neuen Reparationskonferenz, konnte schon deshalb unmöglich gefasst werden, weil England nur ein Partner des Haager Abkommens ist, und nicht einmal der wichtigste. Weitere Schritte auf dem Wege der Revision können nur "in enger Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Regierungen" erfolgen, wie die deutsch-englische amtliche Verlautbarung mit Recht unterstreicht.

Diese anderen Regierungen sind nicht nur die französische, sondern in noch viel höherem Masse die amerikanische. Seit drei Tagen wird in der bürgerlichen Presse Deutschlands die Tatsache, dass eine Ermässigung der deutschen Lasten in erster Linie von einem Entgegenkommen Amerikas gegenüber seinen interalliierten Schuldnern abhängt, als etwas ganz neues hervorgehoben. Für die Leser der sozialdemokratischen Presse, die nicht mit nationalistischen Schlagworten gefüttert werden, ist das keine Enthüllung. Seit Jahren schon werden sie immer wieder darauf hingewiesen, dass nicht Frankreich, nicht England, sondern die Vereinigten Staaten die eigentlichen Reparationsgläubiger Deutschlands sind und sie allein den Schlüssel für eine erträgliche Lösung dieses Problems besitzen. Bereits vor nahezu zehn Jahren haben die sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens auf einer Konferenz in Frankfurt a. Main die Streichung der interalliierten Schulden gefordert als das einzige praktische Mittel, um das deutsche Volk von drückenden Lasten zu befreien. Mit Recht hat übrigens der Führer der französischen Sozialisten Léon Blum am Montag im "Populaire" darauf hingewiesen, dass die Aufregung der Pariser Boulevardpresse über den Aufruf der Reichsregierung durchaus unangebracht sei, denn das darin aufgeworfene Problem berühre nicht Deutschland und Frankreich, sondern Deutschland und die Vereinigten Staaten.

Bisher hat freilich die Regierung von Washington jedes Entgegenkommen in der Frage der interalliierten Schulden abgelehnt. Angesichts der kritischen Lage der amerikanischen Wirtschaft, verbunden mit einem Budgetdefizit von über vier Milliarden Mark schien sogar die Neigung der USA-Regierung zu einem Verzicht auf irgendwelche Forderungen auf den Nullpunkt gesunken zu sein. Indessen lassen gewisse Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten, z.B. des Senators Borah, erkennen, dass sich drüben ein Umschwung vollzieht. Gerade die durch Reparations- und Schuldenzahlungen stark beeinflusste Wirtschaftskrise Europas wirkt sich auf die Wirtschaftslage Amerikas äusserst ungünstig aus. Man beginnt, jenseits des Ozeans zu erkennen, dass ein politischer und wirtschaftlicher Zusammenbruch

Deutschlands nicht nur für ganz Europa, sondern ebenso sehr für die Vereinigten Staaten katastrophale Folgen haben würde. In diesem Zusammenhang gewinnt die mittlen während des Besuches der deutschen Minister in England bekanntgewordene Nachricht, dass nicht nur der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Stimson, sondern auch der Staatssekretär für Finanzen Mellon Sommerurlaubsreisen nach Europa antreten, erhöhte Bedeutung.

Dennoch wollen wir vor irgendwelchen Illusionen über das Tempo des Umschwunges warnen. Solche gefährlichen Illusionen hat der Aufruf der Reichsregierung zur Notverordnung erweckt. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten versuchen schon jetzt, die Regierung auf ihre Worte festzulegen und jeden weiteren Tag, den der Young-Plan fort dauert, als eine Ueberschreitung jener "Grenze der Entbehrungen" hinzustellen, von der das Manifest sprach. Sie gebärden sich so, als hätten sie von Chequers die sofortige Einberufung einer Revisionskonferenz oder gar die unverzügliche Einstellung der Zahlungen erwartet.

Demgegenüber kann nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, verrückt zu spielen! Chequers hat, nach den Worten des "Daily Herald", "den Stein ins Rollen gebracht". Aber zu erwarten, dass sofort jene Lawine entsteht, die das ganze Gebäude des Young-Planes innerhalb weniger Tage oder Wochen wegfeigt, ist kindisch. Solchen Glauben zu erwecken, wäre verantwortungslos. Gewiss, es muss etwas geschehen und es wird etwas geschehen. Noch vor dem Winter dürfte jene fühlbare Entlastung eintreten, die die Reichsregierung in ihrem Aufruf fordert. Auf welchem Wege und in welcher Form, das werden erst die diplomatischen Besprechungen im Anschluss an Chequers ergeben. Ob auf dem normalen, durch den Young-Plan vorgeschriebenen Weg des Moratoriums und der Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch die Organe der Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, ob darüber hinaus durch einen Nachlass der amerikanischen Schuldenforderungen zugunsten Deutschlands oder durch ein allgemeines dreijähriges Moratorium von Reparationen und Schulden, wie es der "Daily Telegraph" andeutet, das steht noch dahin.

Sicher ist nur eins: Der Young-Plan, der angeblich eine endgültige Regelung der deutschen Zahlungen auf über sechzig Jahre hinaus darstellen sollte, ist schon nach zwei Jahren ins Wanken geraten. Wir haben niemals daran gezweifelt, dass es nur eine Stufe darstellte, einen Fortschritt gegenüber dem Dawes-Plan, genau so wie der Dawes-Plan nur eine Stufe und einen Fortschritt darstellte gegenüber dem Londoner Ultimatum von 132 Milliarden. Dagegen haben die Hugenberg, Hitler und Seldte den Haager Plan wörtlich genommen und Krokodilstränen über das "Recht der ungeborenen Generationen" vergossen. Nachdem die Entwicklung von weniger als zwei Jahren uns recht gegeben hat, tun sie jetzt so, als ob jeder Tag, an dem der Young-Plan noch nicht revidiert ist, Verrat am deutschen Volke wäre. Mit diesen Schmierenkomödianten lässt sich keine vernünftige Politik machen. Jede Konzession, die das Reichskabinett an jene Leute macht, die verrückt spielen, gefährdet nur die Aussichten auf eine Revision des Young-Planes. Die deutsche Arbeiterklasse ist an einer Erleichterung der Lasten umso mehr interessiert, als bei der herrschenden innerpolitischen Kräfteverteilung diese Lasten in erster Linie auf ihre Schultern abgewälzt werden, wie die Notverordnung aufs neue beweist. Umso mehr wird sich die Sozialdemokratie dagegen wenden, dass man durch eine Katastrophenpolitik im Sinne der Rechtsradikalen die Aussichten auf eine Revision verscherzt und neues, unabsehbares Unheil heraufbeschwört.

SPD. Dresden, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des sächsischen Landtags wurde mitgeteilt, dass der kommunistische Abgeordnete Wehner sein Mandat niedergelegt habe. Wehner spielte früher in der sächsischen KPD eine führende Rolle. Er ist aber offenbar bei den Thälmannern in Ungnade gefallen und wurde deshalb abgehalftert.

Im Verlauf der Begründung eines Gesetzes über den sächsischen Finanzausgleich übte der sächsische Minister des Innern, Richter, scharfe Kritik an der neuen Notverordnung der Reichsregierung. Er sagte u.a., die zweite Notverordnung des

Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen bringe nicht die Beseitigung der Belastung mit dem Krisenfünftel, nicht die Uebernahme der Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen auf das Reich oder deren Einbeziehung in die Krisenfürsorge. Sie bringe lediglich die Anordnung, dass die Ersparnisse aus der Gehaltskürzung bei den Gemeinden ganz, beim Land mindestens zu 15 Prozent für die Wohlfahrtsfürsorge Verwendung finden müssen, und sie stelle vom 1. Oktober des Jahres ab auf sechs Monate je zehn Millionen Mark in Aussicht, die an diejenigen Bezirksfürsorgeverbände verteilt werden sollten, in denen die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen am 31. März 1931 höher gewesen sei als 75 Prozent des Reichsdurchschnitts. Man werde es zwar als einen Fortschritt ansehen müssen, dass nunmehr das Reich seine Verpflichtung zur Hilfe anerkannt habe, die getroffene Regelung sei aber nach Ausmass, Art und Zeitpunkt unbedingt unzulänglich und werde nur den befriedigen können, der überhaupt an ein helfendes Eingreifen des Reiches zu glauben verlernt hatte.

SPD. Das Organ der christlichen Gewerkschaften, "Der Deutsche", wendet sich in seiner Mittwoch-Ausgabe scharf gegen den Plan eines Direktoriums, wie er dieser Tage wieder einmal von schwerindustrieller Seite propagiert wurde und in den letzten Jahren immer wieder propagiert worden ist, so oft die Situation brenzlich war oder wurde. Das Blatt, das gute Beziehungen zum Reichsarbeitsminister unterhält, schreibt u.a.:

"Wir sind überzeugt, dass die einen schon ein fertiges Direktorium und die anderen schon ihre neuen Kabinette fertig auf dem Papier stehen haben. Und es wird verhandelt und geraunt, man hat mit dem Ausland Fühlung genommen und wälzt "neue Pläne". Ja, man hört schon Termine, bis zu denen das neue Regiment da sein soll. Der nächste ist der 31. Juli. Auffallend ist nur, dass man keine Namen erfährt; man hört nur die tröstliche Versicherung, die nötigen Männer würden zur rechten Zeit schon da sein. Faul, sehr faul. Man mag zu Brüning und zu einem Kabinett stehen wie man will; aber welchen Nutzen will man sich versprechen von einem Direktorium, das von der Schwerindustrie kommt? Direktorium wäre einer offenen Diktatur gleichzusetzen, einer höchst parteiischen und sozialreaktionären Diktatur. Ein heller Wahnsinn."

Was die Schwerindustrie will, ist seit langem klar. Sie wünscht, dass insbesondere die Tarifbestimmungen und die über die Arbeitszeit mit einem Federstrich beseitigt werden. Dieses Ziel wird die Schwerindustrie auf parlamentarischem Wege nicht erreichen. Darum ihr Schrei nach dem Direktorium. Sie spricht von einem Direktorium, um dem Volk die Sache schmackhafter zu machen. Aber sie beabsichtigt eine Diktatur der Schwerindustrie. Die Folge wäre eine völlige Entrechtung der Arbeiterklasse!

SPD. Braunschweig, 9. Juni (Eig. Drahtb.)
Der braunschweiger Naziregierung ist es immer noch nicht gelungen, einen Kredit zur Abdeckung ihrer von Woche zu Woche ansteigenden Schulden aufzunehmen. Die Verhandlungen mit einer grossen deutschen Bank über die Aufnahme einer Anleihe haben sich zerschlagen, als nähere Einzelheiten über die von den Nazis verursachte katastrophale Finanzlage des Landes Braunschweig in der Öffentlichkeit bekannt wurden. Die Kreditwürdigkeit des Landes ist durch die Willkürmassnahmen der Nazi-Regierung, die systematisch alle republiktreuen Beamten pensioniert und durch Feinde der Republik ersetzt, völlig untergraben. Die Pensionlasten sind für Braunschweiger Verhältnisse bereits ins Gigantische gestiegen. Allein im Monat April wurden 1 081 000 Mark für Ruhegehälter ausgegeben. Der Fehlbetrag für 1931 ist inzwischen auf 4,5 Millionen Mark gestiegen. Selbst die Braunschweigische Staatsbank hat sich geweigert, der Naziregierung weitere Kredite einzuräumen.

SPD. Magdeburg, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des 28. Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichtete zunächst Vollrath Klepzig über die Entwicklung des Centralverbandes.

Klepzig führte u. a. aus, dass die Konsumgenossenschaften als Vorläufer einer profitlosen Wirtschaft sich auch in verflochtenen Jahren nicht nur behaupteten, sondern auch massgebend mitbestimmten. Jedoch habe die Kraft der Konsumgenossenschaften für eine ausschlaggebende Mitbestimmung in der Wirtschaft noch nicht ausgereicht. Die Konsumgenossenschaften seien aber berufen, eine Brücke zu einer neuen besseren und gerechteren Wirtschaftswelt zu schlagen. Heute schon sei die Macht der Konsumgenossenschaften grösser, als die Gegner zugeben wollten. Der Umsatz, der im Zentralverband vereinigten Konsumgenossenschaften stelle eine Einheit dar, während der grösste Teil des Umsatzes im privaten Einzelhandel in viele tausend Teile zerfalle. Keine Gruppe des deutschen Einzelhandels, auch nicht die grossen Warenhauskonzerne, könnten der Umsatzstärke und der Geldkraft der Konsumgenossenschaften und ihrer Einkaufszentrale einen gleichwertigen Wirtschaftsfaktor entgegenstellen. Die von den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes getragene Grosseinkaufsgesellschaft stelle in ihrem vorzüglich organisierten Güterverteilungsnetz und ihren leistungsstarken Güterherstellungsbetrieben eine wirtschaftliche Machtgruppierung dar, wie sie der Einzelhandel trotz seines 20 mal grösseren Umsatzes nicht aufzuweisen habe. Vor 30 Jahren sei die Deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung noch ein zartes Pflänzchen gewesen, das im Schatten der kapitalistischen Titanen ein nur wenig beachtetes und bescheidenes Dasein geführt habe. Nur drei Jahrzehnte seien nötig gewesen, um dieses zarte Pflänzchen zu einem wurzelstarken Baum anwachsen zu lassen, der einen Vergleich mit den kapitalistischen Wirtschaftsgruppen nicht zu scheuen habe.

Anschliessend berichtete Hugo Bästlein-Hamburg über "wirtschaftliche Angelegenheiten". Der Redner streifte die grossen wirtschaftlichen Kämpfe, die die Zentralgenossenschaft mit den Behörden und mit der Reichsregierung für das Interesse der Verbraucher zu führen hatte. Er wies nach, wie durch die verkehrte Zollpolitik des Reiches die Agrarier unterstützt werden, während für die verarmte Bevölkerung jedoch eine ungeheure Verteuerung des notwendigen Lebensmittelbedarfs die Kosten dieser Politik zahlen müsse. Eine vernünftige Brotpreisgestaltung könne nur durch Senkung der Getreidezölle erreicht werden.

In der Aussprache wurde eine gerechte Besteuerung der Konsumvereine gefordert. Annahme fand eine Entschliessung, in der die Aenderung der Sonderumsatzsteuer für die Grossbetriebe des Einzelhandels, die Aufhebung der Körperschafts- und Kapitalertragssteuer für die konsumgenossenschaftliche Rückvergütung, die Aufhebung der Filialsteuer und die Befreiung von der besonderen Gewerbesteuer bei konsumgenossenschaftlichen Rückvergütungen verlangt wird. In einer ebenfalls einstimmig angenommenen Entschliessung wird eine Politik der Verbilligung der Lebensmittel und der wichtigen Bedarfsgüter gefordert. So vor allem die sofortige Herabsetzung der Zölle für Getreide mit dem Ziel einer Brotpreisverbilligung, die sofortige Aufhebung des Brotgesetzes vom 17. Juli 1930, die Zulassung des vom Reichstag beschlossenen Fleischkontingents für Minderbemittelte und die Ablehnung der agrarischen Forderung nach Erhöhung des Butterzolles usw.

Den Bericht des Ausschusses erstattete Markus-Düsseldorf, der mit den kommunistischen Genossenschaftszerstörern scharf ins Gericht ging. Abgeschlossen wurde die Dienstagtagung durch einen Vortrag über die internationale Genossenschaftsbewegung, den Vollrath Klepzig erstattete. Der Redner machte ausführliche Mitteilungen über die Tätigkeit des leitenden Ausschusses des Internationalen Genossenschaftsbundes und die von ihm und seinen Unterausschüssen bearbeiteten wirtschaftlichen Probleme und Genossenschaftsfragen.

SPD. Der Kriegsbeschädigten=Ausschuss des Reichstages hielt am Dienstag eine Sitzung ab, die in erster Linie infolge des Umstandes erforderlich geworden war, dass die parlamentarische Tätigkeit der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Fraktion sich seit Monaten darauf beschränkt, Diäten zu kassieren und mit der Reichstagsfreifahrkarte im Lande herumzureisen, die Arbeit aber den Vertretern anderer Fraktionen zu überlassen.

Eine unübersehbare Fülle von Eingaben aus den Kreisen der Kriegsoffer liegt infolge des Parlamentsstreiks der deutschnationalen und nationalsozialistischen Fraktion unerledigt im Büro des Reichstages. Sie müssen nun, wenn nicht empfindliche Schädigungen für zahlreiche Kriegsbeschädigte eintreten sollen, von Vertretern anderer Parteien in Bearbeitung genommen werden. Der Vorsitzende des Ausschusses, der Abg. Mumm (Christl. Soz.), hält ein weiteres Lager für diese Eingaben für unverantwortlich, weil hinter den Wünschen, deren Prüfung dem Reichstagsausschuss obliege, zumeist das Schicksal von Familien oder Menschen stehe, die Anspruch auf baldige Entscheidung hätten.

Im Verlauf der Beratung der Petitionen traten einige interessante Einzelheiten zu Tage. So hatte z.B. ein Kriegsbeschädigter, der sich in einer sehr üblen Lage befindet, Anfang Dezember 1930 eine Bitte um Gewährung einer einmaligen Weihnachtsbeihilfe an den Reichstag gerichtet. Der nationalsozialistische Abgeordnete Ulrich-Cassel erhielt am 15. Dezember 1930 diese Petition zur Bearbeitung. Eine schriftliche Mitteilung von ihm erging aber erst am 5. Februar 1931. Dann blieb die Petition liegen, weil der Berichterstatter inzwischen unter die Diätenkassierer für parlamentarisches Nichtstun gegangen war. In anderen Fällen stellte sich heraus, dass die nationalsozialistischen Berichterstatter sich das billige Vergnügen geleistet hatten, den stärksten Grad der Beschlussfassung, nämlich Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung schriftlich zu beantragen, es aber selbst nicht für der Mühe Wert erachteten, im Ausschuss zu erscheinen, um persönlich mit zwingenden Gründen die Notwendigkeit einer solchen Beschlussfassung nachzuweisen.

SPD. München, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Münchener Stadtrat wurde von dem Referenten für das Feuerlöschwesen Aufschluss über die große Feuergefährlichkeit des Glaspalastes gegeben.

Ein Umbau des Glaspalastes nach rein feuerpolizeilichen Gesichtspunkten, der Einbau von Brandabschnitten und feuersicheren Zwischendecken wurde schon vor Jahrzehnten erörtert und fachmännisch untersucht. Er scheiterte aber daran, dass der Glaspalast dann nicht mehr den für Ausstellungszwecke notwendigen ungehinderten Lichteinfall ermöglicht hätte und schliesslich auch an den ausserordentlich hohen Kosten. Die Erfüllung der feuerpolizeilichen Forderungen wäre gleichbedeutend mit einer Schliessung des Gebäudes gewesen. Infolgedessen sei im Jahre 1911 eine Sachverständigenkommission zu dem endgültigen Ergebnis gekommen, dass man sich darauf beschränken müsse, Einzelmassnahmen gegen die Feuergefährlichkeit zu treffen. Als Folge dieses Beschlusses habe man das Hauptgewicht darauf gelegt, eine besonders reichliche Zahl von Hydranten in dem Gebäude anzubringen (zuletzt waren es 26), und alles im Betriebe auszuschalten, was irgendwie die Entstehung eines Brandes hätte begünstigen können. Es sei ein strenges Rauchverbot erlassen worden, die Löscheinrichtungen seien ständig modernisiert, die Ausgänge erweitert, eine Telefonverbindung mit der Hauptfeuerwache eingerichtet und ein feuersicherer Packraum geschaffen worden, der dem Brand auch tatsächlich standgehalten habe.

Bei diesem Sachverhalt bekommt die Frage nach der Entschädigung der Künstler eine besondere Bedeutung. Als Eigentümer des Glaspalast liegt die Verantwortung in erster Linie beim Staat, der nach den gesetzlichen Vorschriften dafür haftet, dass das Gebäude in einem Zustand ist, der keine Gefahr für die

darin aufbewahrten Werte bildet. Eine weitere Verantwortung liegt auch bei der Ausstellungsleitung, von der eine genaue Kenntnis der Brandgefährlichkeit des künstlerischen sowie des zur Ausstellung verwendeten Materials zu verlangen war. Es ist wohl anzunehmen, dass eine genaue Prüfung der Verantwortlichkeit, der Verschuldung und der eventuellen Entschädigung geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.

Die Verhandlungen zwischen den Künstlergenossenschaften und dem Kultusministerium haben inzwischen zu dem Ergebnis geführt, dass die Ersatzausstellung in der neuen Pinakothek bereits am 15. Juli eröffnet wird und bis zum 15. Oktober dauern soll. Sämtliche Bilder der neuen Pinakothek werden ins Depot geschafft. Von jedem durch den Brand im Glaspalast geschädigten Künstler kann in dieser Ausstellung nur ein Bild berücksichtigt werden, da die Räume der neuen Pinakothek viel kleiner sind als die im Glaspalast. Andere Künstler können überhaupt nicht ausstellen. In einem besonderen Saale werden die geretteten Bilder ausgestellt, deren Zahl inzwischen erfreulicherweise auf mehr als 200 angewachsen ist.

Die Untersuchung der Brandursache ist immer noch nicht abgeschlossen, da fortgesetzt neue Mitteilungen an die Polizei gelangen. Es hat sich aber bisher kein Anhaltspunkt für vorsätzliche Brandstiftung ergeben. Das Gutachten des Polizeichemikers, das zur Prüfung einem Universitätsprofessor unterbreitet wurde, spricht sich für die Möglichkeit einer Selbstentzündung von Malermaterial aus. Vorschriftsmässig hätten die mit Leinöl und Terpentin getränkten Lappen in einem verschlossenen Blechgefäss aufbewahrt werden müssen. Gegen diese Vorschrift hat der mit der Ausführung betraute Malermeister allerdings verstossen, womit aber noch keineswegs die Schuldfrage geklärt ist.

SPD. Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes nahm in der Sitzung vom 9. Juni "zu der neuen Notverordnung mit ihren katastrophalen Folgen für die Beamtenschaft Stellung". Angesichts der "grundsätzlichen Bedeutung der Notverordnung und ihrer verhängnisvollen Wirkungen fordert die Bundesleitung den baldigen Zusammentritt des Reichstages".

SPD. Paris, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat am Dienstag nach kurzer Debatte einen Gesetzentwurf über die Einführung der französischen Grubengesetzgebung in Elsass und Lothringen, wo bisher noch die deutsche Grubengesetzgebung in Kraft war, angenommen. Die Kammer debattierte dann über die Nachtragskredite für das vergangene Finanzjahr. Sie belaufen sich auf 2 072 Millionen Francs.

SPD. Genf, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas antwortete in der Dienstsitzung der Arbeitskonferenz auf die lange Diskussion über seinen Jahresbericht. Thomas zeigte die grossen Schwierigkeiten der vermittelnden und vorwärtstreibenden Sozialarbeit der Organisation und ihre grosse Bedeutung für die Umstellung der Weltwirtschaft auf eine planmässige Produktion und Verteilung.

Ausgehend von der Kritik, dass die Arbeit der Organisation nicht über Konferenzen und Entschliessungen hinausgegangen sei stellte er fest, dass man im internationalen Leben noch kein anderes Mittel zu gemeinsamen Lösungen gefunden habe, als sich zu vereinigen und in Kommissionen, Konferenzen und Voll-

versammlungen zu diskutieren. Man erwarte vom Internationalen Arbeitsamt die Lösung für die Krise, aber dafür gebe es nicht die Lösung für die Wirtschaft. Für die Arbeitslosigkeit gebe es eine ganze Reihe von Lösungen, die geschichtet, zusammengefasst und zur Anwendung empfohlen werden müssten. Das Amt sei zunächst einmal an allen Untersuchungen über die Krisenursachen beteiligt. Es müsse auch in der jetzigen Arbeitslosigkeitskrise den Einfluss jedes Faktors erfassen und die Heilmittel suchen, die anzuwenden seien. Daher habe der Bericht verschiedene konkrete Massnahmen vorgeschlagen. Für die Organisation der internationalen Arbeitsvermittlung werde ein Kongress aller Arbeitsämter vorgesehen, aber die Arbeitsvermittlung umfasse auch die Einbeziehung der Arbeitslosenversicherung, die Berufsauswahl, die Verlängerung der Schulzeit und das Mindestalter für Berufsarbeit. Die Freizügigkeit sei allgemein verlangt worden, aber ohne politische Hilfe könne sie nicht eingerichtet werden. Die Arbeitslosenversicherung sei unerlässlich für die Zukunft der Industrie und die politische und soziale Stabilität der Nationen. Sie habe von vier Millionen Versicherten im Jahre 1919 auf 43 Millionen in 1931 zugenommen. Für 1933 müsse die Arbeitslosenversicherung für ein allgemeines Abkommen auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz gesetzt werden. Auch die Frage der öffentlichen Arbeiten sei durch die politischen Verhandlungen nicht mehr abwegig. Man sage oft, das alles seien Palliativmittel, aber sie hätten ihren Wert wo gründliche praktische Mittel fehlten. In den Fragen der Arbeitszeitverkürzung und der Lohnerhöhung könne das Internationale Arbeitsamt nur zur Untersuchung beitragen, wie weit sie geeignet seien, der Krise abzuhelpen. Direkt könne das Amt nur darauf hinwirken, dass die Löhne in den zurückgebliebenen Ländern denen der fortgeschrittenen angepasst würden. Die fortschreitende Herabsetzung der Arbeitszeit müsse energisch weiterverfolgt werden. Die Konferenz müsse untersuchen, ob nicht in manchen Industrien die Arbeitszeit unter die des Washingtoner Abkommens gesenkt werden könne, was man jetzt für den Kohlenbergbau vorbereite. Welche Schlussfolgerungen ergäben sich daraus? Man müsse sämtliche Bestrebungen vervollkommen, sich nicht nach rechts und links richten. In das internationale Leben müssten die neuen grossen Fortschritte eingeführt werden, dann werde auch der Geist der Vertragsbestimmungen erfüllt werden und den Arbeitern der Welt Hilfe zuteil. Die Arbeit des Instituts müsse in die Tat umgesetzt werden und aus ihr eine Wirklichkeit gemacht werden. Das sei alles was den Völkern nottue.

Thomas verteidigte dann seine Kritik an den englischen Unternehmern und rief ihnen die sozialen Leistungen Englands ins Gedächtnis zurück. Die Arbeiterregierung habe sich der Politik des Arbeiterschutzes eng angeschlossen und England habe in vielen Beziehungen Grund, die anderen Völker nach ihren Taten auf diesem Gebiet zu befragen. Er hoffe, dass aufgrund des Berichtes der Brauns-Kommission in Deutschland die 40-Stunden-Woche eingeführt und die Washingtoner Konvention ratifiziert werde, was schon eine erste Schutzmauer bedeute. Von allen Seiten habe sich in der Diskussion das gleiche Streben gezeigt, nach einer planmässigen Organisation der Weltwirtschaft. Wir seien am Vorabend einer neuen gemeinsamen Anstrengung, um Wirtschaft und menschliche Arbeit zu neuem Einklang und besserer Organisation zu bringen, und der Anteil der internationalen Arbeitsinstitution am Vortreiben dieser Massnahmen sei sehr gross und müsse anerkannt werden.

Der japanische Regierungsvertreter Yoshisaka brachte eine Entschliessung ein, die aufgrund der Diskussion den Verwaltungsrat auffordert, alsbald praktische Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu machen. Jouhaux unterstrich in einer Erklärung nochmals die Forderungen der Arbeitergruppe, was ohne Abstimmung zur Kenntnis genommen wurde. Ausserdem wurde ein schwedischer Antrag angenommen, die Möglichkeit der Ratifikation von Abkommen auf der nächsten Tagung zu behandeln. Zum Schluss liess China mitteilen, dass es das Abkommen über die Gewichtsangabe auf Transportgütern ratifiziert hat.

SPD. Paris, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Der neu gewählte Präsident der Republik Doumer hat dem Senat am Dienstag seine Demission als Senatspräsident und Senator von Korsika schriftlich mitgeteilt. Das Demissionsschreiben wurde in der Nachmittagssitzung des Senats durch den Vizepräsidenten Rabier verlesen, der in einer kurzen Rede die Verdienste Doumers als Senator und Senatspräsident würdigte und den Scheidenden aufforderte, in seinem neuen Amte dem Beispiel seines grossen Vorgängers Doumergue zu folgen, um die weitere Demokratisierung der Republik zu begünstigen und den Frieden zu befestigen. (Grosser Beifall) Der Senat beschloss darauf, am Donnerstag einen neuen Präsidenten zu wählen.

Die radikale Fraktion des Senats hat inzwischen den Senator Jeanneney mit 87 gegen 29 Stimmen, die auf Peyronnet fielen, zu ihrem Kandidaten für die Präsidentschaft des Senats bestimmt. Der frühere Ministerpräsident Steeg erhielt im ersten Wahlgang 16 Stimmen. Die Wahl Jeanneney's zum Präsidenten des Senats dürfte so gut wie sicher sein, da der radikalen Fraktion allein fast die Hälfte der Senatsmitglieder angehören und ausser der republikanischen Linken wahrscheinlich auch die Sozialisten für ihn stimmen werden. Der Kandidat der Rechten ist Senator Lebrun.

SPD. Die Meldungen, die die Presse über die Ergebnisse der Besprechung von Chequers sowie über die Absichten der Reichsregierung in der Revisionsfrage bringt, sind alle mit der denkbar grössten Vorsicht aufzunehmen.

Die einzige positive Versicherung, die uns gegeben wird, ist die, dass die Reichsregierung nicht die Absicht hat, bereits in den nächsten Tagen Beschlüsse bezüglich der Ankündigung eines Transformatoriums zu fassen, d.h. dass sie zunächst nicht daran denkt, von dem Rechte Gebrauch zu machen, das ihr der Young-Plan selber gewährt. Das ist durchaus begreiflich, denn dieses Recht ist von sehr zweifelhaftem Wert. Die einseitige Erklärung eines Moratoriums würde den deutschen Kredit erschüttern und die Gefahr der Zurückziehung kurzfristiger ausländischer Anleihen beträchtlich erhöhen. Ausserdem aber würde eine im Rahmen des Young-Plans liegende Abstopfung der Uebertragung von Zahlungen an das Ausland für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen kaum von Bedeutung sein. Es wäre angesichts des Gesamtdefizits, das bei Reich, Ländern und Gemeinden fast auf 2½ Milliarden zu beziffern ist, wirklich nur ein Tropfen auf einen heissen Stein.

Nun bezeichnet es der Londoner "Daily Telegraph" als den Wunsch der deutschen Regierung, einen dreijährigen Zahlungsaufschub hinsichtlich der ungeschützten Zahlungen in Höhe von mindestens einer Milliarde Mark zu erreichen. Es spricht mancherlei für die Richtigkeit dieser Mitteilung und es kann keinem Zweifel unterliegen, dass hier ein an sich erstrebenswertes Ziel aufgestellt wird. Deutschland bedürfte in der Tat einer derartigen Atempause und sie könnte ihm zu einer Wiederbelebung seiner Wirtschaft verhelfen. Aber es ist klar, dass seine Gläubigermächte an eine Erfüllung dieses Wunsches nur denken können, wenn Amerika für dieselbe Zeit auf die Eintreibung seiner Schulden bei England, Frankreich, Italien usw. verzichtet. Bisher war die Neigung dazu in Washington und New York kaum vorhanden, und es ist fraglich, ob sie durch neuere Vorschläge, wie beispielsweise den, dass Amerika jährlich eine Anleihe von einer Milliarde auflegen könne, deren Zinsen und Tilgung von Deutschland garantiert werde, wachzurufen ist. Jedenfalls gilt es, zwei Gruppen von Hindernissen zu überwinden, die eine, die in Europa, und die andere, die jenseits des Atlantischen Ozeans liegt.

Doch welches auch immer die Wünsche und Absichten des Kabinetts Brüning sein mögen, es muss sich unter allen Umständen auch der innerpolitischen Voraussetzungen für den Erfolg seiner Aktion bewusst bleiben. Einstweilen gibt es sich der Hoffnung hin, durch die Verkündung der Notverordnung mit ihren unerhörten Härten eine der wesentlichsten dieser Voraussetzungen geschaffen zu haben. Mag sein, dass es ihm gelungen ist, das Ausland von der Grösse der wirtschaftlichen

und finanziellen Not, die auf Deutschland lastet, zu überzeugen. Aber auf der anderen Seite ist die Aufnahme, die dieser Schritt des Kabinetts im eigenen Lande gefunden hat, so ungünstig wie nur möglich, und am ungünstigsten in den Kreisen derer, die als Arbeiter, Angestellte und Beamte eine weitere sehr beträchtliche Verschlechterung ihrer Lebenshaltung auf sich nehmen sollen. Und diese Opposition wird die Regierung nicht mit dem Hinweis überwinden können, dass sie eben jetzt in ihrem Bemühen, aussenpolitische Erleichterungen zu erreichen, durch innenpolitische Auseinandersetzungen nicht gestört werden dürfe. Mit der Eröffnung von mehr oder weniger bestimmten Aussichten auf eine in der Zukunft liegende Revision der Zahlungsverpflichtungen wird sie die Stimmen derer nicht zum Schweigen bringen, die gegen die neue und unmittelbare Mehrbelastung Widerspruch erheben und dabei auf die ungeheuerliche Ungerechtigkeit der Lastenverteilung hinzuweisen vermögen.

Die dem Kabinetts und namentlich dem Reichskanzler nahestehenden Zeitungen erklären mit Entschiedenheit eine Einberufung des Reichstags in diesem Augenblick für unerträglich. Zugegeben, dass das Parlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu Beschlüssen von bedenklichen Folgewirkungen gelangen könnte. Aber diese Gefahren wären zum mindesten beträchtlich zu verringern, wenn die Regierung sich bereit finden würde, über den Inhalt der Notverordnung in eine Diskussion einzutreten und den Standpunkt aufzugeben, als ob sie wirklich die einzig mögliche Lösung des Problems gefunden hätte. Gerade wenn sie mit Rücksicht auf Revisionsverhandlungen das Risiko einer Ablehnung der Notverordnung und der daraus sich möglicherweise ergebenden politischen Konflikte vermeiden will, muss sie gegenüber den allzu berechtigten Abänderungsforderungen Entgegenkommen beweisen. Tut sie es nicht, so nimmt sie selber die Verantwortung für die Herbeiführung einer Situation auf sich, die aussen- und innenpolitisch in gleicher Weise verhängnisvoll wäre. Und sie sollte auch klug genug sein, zu erkennen, dass die Drohung mit einem Abgleiten der Staatsleitung nach rechts hin in der gegenwärtigen Stunde schon deshalb nur geringsten Eindruck machen kann, weil jeder sich darüber klar sein muss, dass eine Regierung, auf die die Herren Hitler und Hugenberg oder der Stahlhelm unmittelbaren oder mittelbaren Einfluss besitzen, schon gar nicht imstande sein würde, eine auch nur vorübergehende Erleichterung unserer Reparationslasten zu erreichen.

SPD. Jtzehoe, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

In dem benachbarten Lockstedter Lager wurden in einer Wirtschaft drei Fahrräder gestohlen. Als die Bestohlenen dem anwesenden Landjäger Anzeige erstatten wollten, war der Mann so betrunken, dass er als Antwort nur fortgesetzt "Heil Hitler!" stammeln konnte. Vorher hatte er als Kapellmeister bei einer Gruppe singender Nationalsozialisten fungiert. Am nächsten Morgen hatte der Landjäger seinen Rausch noch immer nicht ausgeschlafen, sodass eine nochmalige Anzeige von seinem Sohn angenommen werden musste.

Dieses Jdyll aus einem holsteinischen Landflecken findet ihr Nebenstück bei der Gemeindevorsteherwahl in Sipstedt, wo zwei Kommunisten gegen den Sozialdemokraten und für einen Unternehmer stimmten, von dem man weiss, dass er Nationalsozialist ist. Der Nazi-Mann ist mit einer Stimme Mehrheit gewählt worden.

SPD. Der Reichskanzler und Reichsaussenminister kehren am Mittwoch nachmittag nach Berlin zurück. Voraussichtlich werden sie dem Reichskabinetts über den Verlauf ihrer Besprechungen in Chequers und ihre persönlichen Eindrücke während ihres Aufenthalts in England noch am Mittwoch abend Bericht erstatten. Am Freitag wird der Reichskanzler den Reichspräsidenten, der zurzeit auf einem Gut in Neudeck weilt, über die Besprechungen mit den englischen Staatsmännern und die weiteren Absichten des Kabinetts zur Aufrollung des Reparationsproblems informieren. Man nimmt an, dass die Reichsregierung nach dem Besuch des Reichs-

kanzlers und Reichsaussenministers in Chequers wegen des Reparationsproblems zunächst mit dem französischen Kabinett in Verbindung treten wird. Weitere Schritte dürften dann erst nach dem Besuch des amerikanischen Aussen- und Finanzministers in Europa erfolgen.

Vor der Reise des Reichskanzlers nach Neudeck beabsichtigt die Reichsregierung die Führer der hinter ihr stehenden Fraktionen und die Führer der Sozialdemokratie zur Erörterung der innen- und aussenpolitischen Lage zu empfangen. Von der Sozialdemokratie werden die Abgeordneten Wels und Breitscheid geladen werden. In diesen Erörterungen wird vor allem auch die Frage der Einberufung des Reichstags zum Zwecke der Aenderung der jüngsten Notverordnung eine Rolle spielen. Es ist bekannt, dass die Reichsregierung sich dem Zusammentritt des Parlaments entschieden widersetzt. Das gilt für alle Kabinettsmitglieder. Gerüchte, dass der Reichsarbeitsminister für die Einberufung des Reichstags sei und in diesem Sinne im Kabinett bereits vor der Veröffentlichung der Notverordnung eingetreten sei, werden als erfunden bezeichnet. Aber wie dem auch sei: die Entscheidung über die Frage, ob der Reichstag einberufen wird oder nicht, hängt für die Sozialdemokratie schliesslich davon ab, inwieweit das Reichskabinett von sich aus entschlossen ist, die bittersten Härten aus der Notverordnung auszumerzen.

Vorerst haben sich die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten bereits für die Einberufung des Reichstags ausgesprochen. Nicht um dem Volk zu helfen oder um irgendwelche positiven Hilfsmassnahmen für die Ärmsten unter den Armen zur Debatte zu stellen. Nein, sie wollen das Chaos, und weil sie das wollen, fordern sie die Aufhebung der Notverordnung in Bausch und Bogen. Was kümmert sie die Finanzlage des Reiches, was die 4½ Millionen Arbeitslosen? Ihre Sorge ist nicht, wie die Situation unseres Volkes gebessert, sondern wie sie verschlimmert werden kann.

Die Sozialdemokratie wird zu der Frage, inwieweit es notwendig ist, den Versuch zur Aenderung der Notverordnung auf parlamentarischem Wege zu machen, am Freitag Stellung nehmen. Die Volkspartei wird sich über die Frage der Einberufung des Reichstags am Donnerstag entscheiden. Der christlich-soziale Volksdienst, der ebenso wie die Volkspartei in der Regierung vertreten ist, ist gegen "eine übereilte Einberufung" des Reichstags. Aber auch er betont, wie alle anderen in der Regierung vertretenen Fraktionen, dass die Grenze des Möglichen durch die Notverordnung weit überschritten sei und Aenderungen notwendig sind.

SPD. London, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Dienstag-Abendblätter melden, dass ausser Henderson auch Premierminister MacDonald der Einladung des Reichskanzlers, nach Berlin zu kommen, Folge leisten werde. MacDonalds Besuch wäre nach der Visite des Ministerpräsidenten in Amerika kurz nach seinem Amtsantritt der erste offizielle Auslandsbesuch. Wann der Besuch stattfindet, ist noch nicht bekannt. Ende Juli reist MacDonald voraussichtlich zwecks Teilnahme an dem Internationalen Sozialistenkongress nach Wien.

Der "Daily Herald" erwartet, dass die Reichsregierung nach den Besprechungen mit den Parteiführern und dem Reichspräsidenten ein Moratorium unter den Bedingungen des Young-Plans erklären werde, sodass mit Rücksicht auf die dreimonatige Frist, die der Young-Plan zur Einstellung des Transfers vorsieht, die Zahlungen für den verschiebbaren Teil der Young-Annuität (etwa 1020 Millionen Mark) im Oktober eingestellt werden würden.

x x x

Amtlich wird mitgeteilt: "Gegenüber Meldungen, nach denen die Reichsregierung in den nächsten Tagen bereits Beschlüsse bezüglich der Ankündigung eines Transfer-Moratoriums treffen würde, wird von zuständiger Stelle festgestellt, dass diese Mitteilungen jeglicher Begründung entbehren."

SPD. Paris, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Dienstag auf den Vorschlag des Abg. Marguet beschlossen, die Vertagung der in diesen Tagen in der Kammer beginnenden Debatte über das Marinebauprogramm für das Finanzjahr 1931/32 bis nach Schluss der allgemeinen Abrüstungskonferenz zu verlangen. Der Antrag soll von dem Abg. Reynaud im Plenum begründet werden.

Das neue Bauprogramm sieht die Kiellegung eines Panzerkreuzers von 23 300 Tonnen vor, dessen Bau als Antwort auf den kürzlich vom Stapel gelassenen Panzerkreuzer "Deutschland" gedacht ist, ferner den Bau vier kleinerer Einheiten (Torpedobootszerstörer und Truppenbegleitschiffe). Der dafür bestimmte Sonderkredit beträgt 40 Millionen Francs, wozu noch die im ordentlichen Budget für Neubauten eingesetzten Summen zu rechnen sind.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: In einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister trugen Vertreter der Organisationen der Behörden=Angestellten am Dienstag ihre Bedenken gegen die Auswirkungen der zweiten Gehaltskürzungsverordnung auf diese Angestellten vor. Sie forderten eine Abänderung der Notverordnung dahin, dass auch die Behörden=Angestellten statt der Gehaltskürzung der Krisen= Lohnsteuer unterworfen werden sollten, falls eine neue Belastung dieser Angestellten auf keine Weise vermieden werden könne. Gleichzeitig wurde von den Organisationen die alsbaldige Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei den Reichsverwaltungen auf 48 Stunden als unumgänglich notwendig bezeichnet.

SPD. Warschau, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Warschauer städtischen Strassenbahner sind am Dienstag geschlossen in einen Solidaritätsstreik für einen Teil ihrer Kollegen getreten, denen die Direktion neue Arbeitsbedingungen in den Werkstätten aufzwingen wollte. Alle Strassenbahnen und Werkstätten ruhen. Vor dem Strassenbahngebäude sind starke Polizeiwachen aufgestellt. Dem Streik dürften sich auch die städtischen Autobusführer anschliessen, sodass der Verkehr nur von Autos und Droschken aufrechterhalten wird. Es streiken insgesamt etwa 1 000 Personen.

SPD. Neumünster, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Eine wuchtige Demonstration für die Republik wurde anlässlich einer Denkmalweihe für Friedrich Ebert in Bad Bramstedt in Holstein veranstaltet. 4 000 Reichsbannerleute marschierten durch die Strassen der Stadt, die mit schwarz=rot=goldenen Fahnen reich geschmückt waren. Obwohl fast die gesamte Bevölkerung an der Einweihung des Denkmals für den ersten Präsidenten der Republik teilnahm, war weder der Landrat noch der Bürgermeister noch eine andere behördliche Vertretung erschienen.

SPD. Bern, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Die erste Kammer des Schweizer Parlaments hat am Dienstag bei der Beratung des ersten einheitlichen schweizerischen Strafgesetzes mit 22 gegen 14 Stimmen die Aufhebung der Todesstrafe beschlossen. Der schweizerische Justizminister erklärte sich für die Aufhebung der Todesstrafe.

SPD. London, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Das englische U=Boot "Poseidon" stiess bei China mit einem Handelsschiff zusammen und sank. Zwei Mann der Besatzung konnten geborgen werden, starben jedoch bald nach ihrer Rettung. 18 Personen werden vermisst.

SPD. Im Zusammenhang mit dem Parteitag der S.P.D. trat in Leipzig die 7. Reichskonferenz der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen Deutschlands zusammen. Die Tagung war aus allen Teilen des Reichs stark besucht. Auch ausländische Vertreter waren erschienen. Dr. Kurt Rosenfeld, der Vorsitzende der deutschen Vereinigung sozialdemokratischer Juristen begrüßte die Ausländer. Er konnte auf ein starkes Wachstum der deutschen Vereinigung hinweisen, deren Mitgliederzahl im Jahre 1930 von 304 auf 406 angewachsen ist, eine Zahl, die im Jahre 1931 bereits auf 438 gestiegen ist.

Staatsanwalt Dr. Hoegner, München hielt ein Referat über das Staatssystem des Nationalsozialismus. Gestützt auf sorgfältig belegte Äusserungen nationalsozialistischer Führer gab er ein ausgezeichnetes Bild von dem Staatssystem, wie es sich die Nationalsozialisten vorstellen. Er wies nach, dass die nationalsozialistische Staatsauffassung reaktionär sei, dass sie in mittelalterlicher Romantik wurzele und die Massen als nicht denkfähig und untüchtig ansehe. Diese Auffassung liefere die breiten Schichten des Volks dem Terror einer angeblichen Rassenaristokratie aus. Durch die Verneinung des Klassenkampfes werde die nationalsozialistische Staatsauffassung zur stärksten Stütze des bestehenden Klassenkampfes. Den Wunderglauben an den gottbegnadeten Führer setze die nationalsozialistische Partei an die Stelle der Arbeit. Der Verstand sei ihnen die Hure des Teufels, ihre Staatsauffassung erweise sich als eine Reaktion gegen die menschliche Vernunft. In Krisenzeiten, wie der gegenwärtigen, hätten geistige Epidemien immer Anhänger gefunden. Deshalb sei es notwendig, sich mit dieser Erkrankung der Völker zu beschäftigen und sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dem mit grossem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion, an der sich Genosse Hacks-Breslau beteiligte.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Neu in den Vorstand gewählt wurde Dr. Franz Neumann-Berlin.

SPD. London, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Nachwahl in Gateshead endete mit einem Sieg des Kandidaten der Labour Party, der 22 890 Stimmen auf sich vereinigte. Der konservative Gegenkandidat erhielt 21 501 Stimmen.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat dieser Tage gegenüber einem Vertreter des "Echo vom Niederrhein", einem Duisburger Zentrumsblatt, erklärt, dass Dr. Brüning in den letzten Wochen mehreren Stellen gegenüber mit der grössten Eindeutigkeit erklärt habe, die Erhöhung der Umsatzsteuer in der gegenwärtigen Stunde würde seinen Rücktritt nach sich ziehen. Die Umsatzsteuer müsse re= serviert werden dafür, dass Komplikationen in der Reparationsfrage eintreten sollten, oder aber dafür, dass die Hauptsteuer der Länder, die Hauszins= steuer, weiterhin katastrophal zusammenschumpfe.

Aus aller Welt

Flöhe im Käfig....

Aus den Geheimnissen eines Flohzirkusdirektors.

Jagd auf den Menschenfloh.

SPD. Irgendwer hatte das Gerücht aufgebracht: es gebe keine Menschenflöhe mehr, eine Pest hätte unter ihnen gewütet und sie dahingerafft... Der gelehrte Professor, den wir darüber befragten, konnte uns keine Auskunft geben, Vielleicht sagte er, weiss man draussen im höchsten Norden Berlins Bescheid, im Vergnügungspark Schönholz, wo sich ein Flohzirkus niedergelassen hat?

Gleich am Eingang des Rummelplatzes steht die kleine Bude. "Treten Sie ein, meine Herrschaften, das müssen Sie gesehen haben, das müssen Sie Ihren Kindern zeigen, das ist ein unvergesslicher Eindruck fürs ganze Leben! Sie sehen die kleinen Künstler als Seiltänzer, als Athleten und Balletteusen. Versäumen Sie nicht dieses Wunderwerk der Dressur! Zwanzig Pfennige Eintritt, Kinder die Hälfte!" Herr Zirkusdirektor Tylla aus Hamburg steht persönlich am Eingang und hält der lauschenden Menge seinen Vortrag, während die Frau Direktor hinter der Kasse schon eifrig die Billetts zücht.

Die sechsspännige Flohkutsche.

Wir treten ein und setzen uns in Erwartung der kommenden Dinge auf die plüschbezogene Bank, die im Halbkreis einen Tisch mit weisser Papierdecke umgibt: die Manege. Frau Direktor Tylla eröffnet die Vorstellung. Sie zeigt, wie man dem Floh zu Beginn seiner Künstlerlaufbahn das Springen abgewöhnt, indem man ihm eine Kette aus feinstem Draht um den Hals schlingt und ihn damit an ein Gestell fesselt. Dann holt sie aus einer Schachtel eine winzige Kalesche, bespannt mit vier Flöhen, die sofort das Gefährt über das Papier zu ziehen beginnen. Eine sechsspännige Kutsche folgt. Dann wird ein kleines Karussell vorgeführt, gedreht von einem besonders herkulisch gebauten Floh. Ein anderer "Artist" läuft unten an einem Seil durch die Luft; wieder einer balanciert wahrhaftig eine grosse Papierkugel zwischen den sechs Beinen und hält sie in ständiger Bewegung. Es folgt das Ballett der Flohdamen, die unter bunten Papiertütchen lustig herumzuhopsen beginnen. Den Schluss der Vorstellung bildet die Fütterung. Frau Direktor setzt sich einen Floh auf den Arm und lässt ihn ruhig saugen, ohne "Au!" zu schreien, wie es ein gegen Flohstiche weniger abgehärteter Zeitgenosse sicherlich tun würde...

Interview mit dem Meister.

Nachdem uns Frau Direktor mit der Bitte um gütige Weiterempfehlung entlassen hat, benutzen wir die Pause bis zur nächsten Vorstellung, um Herrn Flohzirkusdirektor Tylla zu interviewen. "Sie wollen wissen, ob es noch Menschenflöhe gibt? Aber gewiss doch. Da hat man Ihnen einen Bären aufgebunden. Allerdings - sie sind heute seltener als früher. Die guten alten Zeiten, wo jeder mal gelegentlich einen Floh hatte - die sind vorbei. Die Hygiene macht riesige Fortschritte, und ich muss mich oft anstrengen, um genügend Flohmaterial zu bekommen. Ich kann nur Menschenflöhe gebrauchen; zwar hat jedes Tier seinen Floh, aber alle diese Arten sind für mich ungeeignet. Der Menschenfloh ist eben der intelligenteste. Wo ich sie herbekomme? Ich kaufe sie. In jeder Stadt, in die ich komme, habe ich meine Unterkäufer, die mir schon die "Ware" bereithalten, wenn ich eintreffe. Ich zahle pro Floh zehn Pfennige. Natürlich ist nicht jeder Neuling für die Artistenlaufbahn geeignet; das zeigt sich gleich beim Beginn der Dressur.

Die "Amme" der Sechsbeinigen.

Die Dressur dauert sieben Wochen; der Floh selbst lebt etwa acht Monate.

Jeder Floh, den ich hereinbekomme, wird erst angebunden, damit er nicht ausreisen kann. Ich schlinge ihm eine dünne Drahtschnur um den Hals, an der er Zeit seines Lebens befestigt bleibt. Wie dieses Anbinden geschieht? Früher habe ich dazu eine Lupe gebraucht, jetzt kann ich es mit blossem Auge bewerkstelligen: ruck-zuck - erledigt! Nein, ersticken kann der Floh nicht, auch wenn man die Schlinge unvorsichtig knüpft; er atmet ja nicht durch den Hals, sondern hat seine Atmungslöcher an der Seite. Nur die Nahrung nimmt er durch den Hals zu sich. Die Mahlzeiten - ja, die nehmen meine Pensionisten bei mir ein! Ich setze sie mir auf den Arm, und dann trinken sie. Natürlich habe ich den ganzen Arm voller Flohstiche; aber man gewöhnt sich daran, mein Herr. Es gehört eben zum Geschäft, nicht wahr? Flöhe, die arbeiten, bekommen zweimal täglich zu trinken, die andern nur einmal. Zur Zeit habe ich fünfzig Stück hier..."

Der internationale Flohkonzern.

"Kein Besucher braucht hier Angst zu haben, dass er einen von meinen Artisten wider Willen mit nach Hause nimmt. Sie sind ja alle angebunden und können nicht hüpfen. Und Eier legen sie bei mir nicht, dafür Sorge ich schon. Aber damit Sie einen Begriff bekommen: dies hier ist eigentlich nur eine Filiale meines Unternehmens - das Hauptgeschäft befindet sich in England! Auf dem grossen Vergnügungsplatz von Blackpool bei Liverpool habe ich die ganze Sommersaison lang eine grosse Bude unter Leitung meines Mitarbeiters "Professor" Wronker aus Frankfurt. Es ist seit vielen Jahren der erste Flohzirkus, der in England zu sehen ist! Gestern habe ich wieder eine Kiste Flöhe hinüberschickt, siebzig Stück, die ich hier dressiert habe. Natürlich nicht mit Bahn und Dampfer, das würde zu lange dauern, und schliesslich kann man vom Lokomotivführer und vom Kapitän nicht verlangen, dass er den Flöhen unterwegs zu trinken gibt. Ich habe sie also mit dem Flugzeug hinüberschickt, da sind sie nur einen halben Tag unterwegs. Sie sehen, mein Unternehmen arbeitet nach den modernsten Methoden!"

Man lernt doch nie aus. Wer wusste denn hierzulande, dass Deutschland als besondere Spezialität Flöhe ausführt, garantiert "Made in Germany"? Aber Direktor Tylla hat uns eines Besseren belehrt. - -

+ + +

Spionage im Leuna-Werk. Vor dem Reichsgericht in Leipzig begann am Dienstag ein Prozess wegen Verrats militärischer Geheimnisse und wichtiger Industriepatente an Frankreich. Hauptangeklagte sind der Handler Becker aus Weissenfels, seine Frau, der Obergefreite Vollrat, Beckers Stiefsohn, und der aus dem Saargebiet stammende Oekonomieverwalter Philipp Amman. Becker war es gelungen, seine Frau als Scheuerfrau in den Büros der Leuna-Werke unterzubringen, wo sie mit Hilfe von Nachschüsseln u.a. einen genauen Lageplan des Werks und wichtige Patentschriften entwendete. Vollrat vermittelte Becker fortlaufend Berichte über die Reichswehr. Ausserdem sind noch einige Leuna-Arbeiter angeklagt, die, infolge von Arbeitslosigkeit in Not geraten, dem Händler Becker Material lieferten. Auch ein zweiter Reichswehrsoldat ist an der Spionageaffäre beteiligt. Die Vernehmung der Angeklagten ergab, dass einer Vorsitzender der Ortsgruppe Weissenfels des rechtsradikal-faschistischen Werwolf ist. Von den beiden Reichswehrsoldaten ist der eine durch Vermittlung des Werwolf zur Reichswehr gekommen. Der andere hat sich früher als Mitglied eines Freikorps betätigt.

+ + +

Sensationsprozess gegen einen Muttermörder. Vor einem besonders ausgewählten Schwurgericht des Landgerichts III. in Berlin wird am 17. Juni der Prozess gegen den "Schriftsteller" Calistros Thielecke-Sujamini verhandelt werden. Der Angeklagte hatte im August vorigen Jahres seine Mutter in der Badewanne durch 17 Stiche getötet. Die Anklage lautet auf Aszendenten-Totschlag und Urkundenfälschung, verbunden mit intellektueller Urkundenfälschung. Es sind 32 Zeugen und 7 Sachverständige geladen.

+ + +

Ein Dorf abgebrannt. Ein Dorf in der Nähe von Kafrelzayat in Aegypten wurde von einem Feuer bis auf das letzte Haus zerstört. Sieben Einwohner kamen den Flammen um.

+ + +

Bluff und Schmutz. Im Uralzeff-Prozess kam am Dienstag zur Sprache, mit welchen Mitteln die Angeklagten "Geld zu machen" verstanden. So hatte man den Dresdener Gläubigern vorgespiegelt, dass die angeblichen Schadenersatzansprüche Uralzeffs durch Dr. Steinmetz bearbeitet worden seien und dieser die sofortige Zahlung von 300 000 Mark erwirkt habe. Der Fabrikant Riedel in Dresden liess sich daraufhin um viele tausend Mark prellen. Das Ehrenmännertrio Uralzeff, Steinmetz und Bedenk beschloss die politische Seite der Affäre Raiffeisen geschäftlich auszubeuten und Dr. Steinmetz zu beauftragen, an Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei "mit Material" heranzutreten. Steinmetz schwindelte seinen Komplizen vor, dass er gute Beziehungen zu bekannten Sozialdemokraten habe. Natürlich hat er nie das Geringste in dieser Richtung unternommen und wäre auch bei einem Versuch ganz energisch abgewiesen worden. Das immerhin Pikanterie an dieser trüben Verfilzung von Politik und Betrug ist, dass ausgerechnet der überzeugte Nationalsozialist Bedenk Uralzeff den Rat gegeben hat, sich durch Steinmetz mit der Sozialdemokratischen Partei in Verbindung zu setzen.

+ + +

Die Schaufensterstürmer. In einer Verhandlung, die am Dienstag vor dem Grossen Schöffengericht Berlin-Mitte gegen vier nationalsozialistischen Teilnehmern an den Berliner Strassenkrawallen vom 13. Oktober 1930 stattfand, wurden die von der Berliner Polizei letztthin gemachten Feststellungen über die Planmässigkeit und die vorherige Organisation der Tumulte vollumfänglich bestätigt. Die Verhandlung ergab, dass kurz vor der Reichstagseröffnung in den nationalsozialistischen Sturmlokalen die Parole ausgegeben worden ist, sich am Nachmittag des 13. Oktober vor dem Lokal Unger zu treffen, von wo aus man mit der Untergrundbahn in verschiedenen Gruppen zum Reichstag fuhr. Wie gründlich die Tumulte vorbereitet wurden, beweist die Tatsache, dass sogar von Brandenburg ein Trupp SA.-Leute mit dem Auto nach Berlin reiste, um ja nur beim Scheibenskrachen rechtzeitig zur Stelle zu sein. Der Angeklagte Heinrich belastet seine Nazi-Genossen aufs schwerste. Er gibt an, dass nach dem Sturm auf die Konditorei Dobrin der Ruf ertönt sei: "Sturm IV. und IX., hier sammeln!" Viele Leute wären dem Ruf gefolgt und hätten dann bei Wertheim die Schaufenster eingeworfen. Als die übrigen Angeklagten Heinrich wegen seiner Geständnisse Vorwürfe machen, erwidert dieser gelassen: "Ich bin ja auch verpiffen worden!"

+ + +

Tunneleinsturz. Zwischen Noli und Varigote bei Genua sind grosse Erdmassen eingestürzt, die einen Tunnel eingedrückt haben. Der Zugverkehr mit Ventimiglia ist eingestellt worden.

+ + +

Die brennende Braut. Bei einer Trauung in Piekar in Polnisch-Schlesien kam die Braut einer brennenden Opferkerze am Kirchenaltar zu nahe, sodass ihr Brautschleier Feuer fing. Die Unglückliche, die im Nu in hellen Flammen stand, erlitt schwere Brandverletzungen.

+ + +

Brennendes Postauto. Am Halleschen Tor in Berlin geriet am Dienstag ein Postauto, das zahlreiches Automaterial sowie eine Anzahl Stahlflaschen mit Sauerstoff und Azetylen mit sich führte, in Brand. Die Feuerwehr musste alle Kraft darauf konzentrieren, die gefährlichen Flaschen unter Wasser zu halten, um eine Explosion auf dem verkehrsreichen Platz, die unabsehbare Folgen gehabt hätte, zu verhindern. Das Postauto brannte vollständig aus.

Jeder Floh, den ich hereinbekomme, wird erst angebunden, damit er nicht ausreisen kann. Ich schlinge ihm eine dünne Drahtschnur um den Hals, an der er Zeit seines Lebens befestigt bleibt. Wie dieses Anbinden geschieht? Früher habe ich dazu eine Lupe gebraucht, jetzt kann ich es mit blossem Auge bewerkstelligen: ruck-zuck - erledigt! Nein, ersticken kann der Floh nicht, auch wenn man die Schlinge unvorsichtig knüpft; er atmet ja nicht durch den Hals, sondern hat seine Atmungslöcher an der Seite. Nur die Nahrung nimmt er durch den Hals zu sich. Die Mahlzeiten - ja, die nehmen meine Pensionisten bei mir ein! Ich setze sie mir auf den Arm, und dann trinken sie. Natürlich habe ich den ganzen Arm voller Flohstiche; aber man gewöhnt sich daran, mein Herr. Es gehört eben zum Geschäft, nicht wahr? Flöhe, die arbeiten, bekommen zweimal täglich zu trinken, die andern nur einmal. Zur Zeit habe ich fünfzig Stück hier..."

Der internationale Flohkonzern.

"Kein Besucher braucht hier Angst zu haben, dass er einen von meinen Artisten wider Willen mit nach Hause nimmt. Sie sind ja alle angebunden und können nicht hüpfen. Und Eier legen sie bei mir nicht, dafür Sorge ich schon. Aber damit Sie einen Begriff bekommen: dies hier ist eigentlich nur eine Filiale meines Unternehmens - das Hauptgeschäft befindet sich in England! Auf dem grossen Vergnügungsplatz von Blackpool bei Liverpool habe ich die ganze Sommersaison lang eine grosse Bude unter Leitung meines Mitarbeiters "Professor" Wronker aus Frankfurt. Es ist seit vielen Jahren der erste Flohzirkus, der in England zu sehen ist! Gestern habe ich wieder eine Kiste Flöhe hinüberschickt, siebzig Stück, die ich hier dressiert habe. Natürlich nicht mit Bahn und Dampfer, das würde zu lange dauern, und schliesslich kann man vom Lokomotivführer und vom Kapitän nicht verlangen, dass er den Flöhen unterwegs zu trinken gibt. Ich habe sie also mit dem Flugzeug hinüberschickt, da sind sie nur einen halben Tag unterwegs. Sie sehen, mein Unternehmen arbeitet nach den modernsten Methoden!"

Man lernt doch nie aus. Wer wusste denn hierzulande, dass Deutschland als besondere Spezialität Flöhe ausführt, garantiert "Made in Germany"? Aber Direktor Lylla hat uns eines Besseren belehrt. - -

+ + +

Spionage im Leuna-Werk. Vor dem Reichsgericht in Leipzig begann am Dienstag ein Prozess wegen Verrats militärischer Geheimnisse und wichtiger Industriepatente an Frankreich. Hauptangeklagte sind der Handler Becker aus Weissenfels, seine Frau, der Obergefreite Vollrat, Beckers Stiefsohn, und der aus dem Saargebiet stammende Oekonomieverwalter Philipp Amman. Becker war es gelungen, seine Frau als Scheuerfrau in den Büros der Leuna-Werke unterzubringen, wo sie mit Hilfe von Nachschüsseln u.a. einen genauen Lageplan des Werks und wichtige Patentschriften entwendete. Vollrat vermittelte Becker fortlaufend Berichte über die Reichswehr. Ausserdem sind noch einige Leuna-Arbeiter angeklagt, die, infolge von Arbeitslosigkeit in Not geraten, dem Handler Becker Material lieferten. Auch ein zweiter Reichswehrsoldat ist an der Spionageaffäre beteiligt. Die Vernehmung der Angeklagten ergab, dass einer Vorsitzender der Ortsgruppe Weissenfels des rechtsradikal-faschistischen Werwolf ist. Von den beiden Reichswehrsoldaten ist der eine durch Vermittlung des Werwolf zur Reichswehr gekommen. Der andere hat sich früher als Mitglied eines Freikorps betätigt.

+ + +

Sensationsprozess gegen einen Muttermörder. Vor einem besonders ausgewählten Schwurgericht des Landgerichts III. in Berlin wird am 17. Juni der Prozess gegen den "Schriftsteller" Calistros Thielecke-Sujamini verhandelt werden. Der Angeklagte hatte im August vorigen Jahres seine Mutter in der Badewanne durch 17 Stiche getötet. Die Anklage lautet auf Aszendenten-Totschlag und Urkundenfälschung, verbunden mit intellektueller Urkundenfälschung. Es sind 32 Zeugen und 7 Sachverständige geladen.

+ + +

Ein Dorf abgebrannt. Ein Dorf in der Nähe von Kafrelzayat in Aegypten wurde von einem Feuer bis auf das letzte Haus zerstört. Sieben Einwohner kamen in den Flammen um.

+ + +

Bluff und Schmutz. Im Uralzeff-Prozess kam am Dienstag zur Sprache, mit welchen Mitteln die Angeklagten "Geld zu machen" verstanden. So hatte man den Dresdener Gläubigern vorgespiegelt, dass die angeblichen Schadenersatzansprüche Uralzeffs durch Dr. Steinmetz bearbeitet worden seien und dieser die sofortige Zahlung von 300 000 Mark erwirkt habe. Der Fabrikant Riedel in Dresden liess sich daraufhin um viele tausend Mark prellen. Das Ehrenmännertrio Uralzeff, Steinmetz und Bedenk beschloss die politische Seite der Affäre Raiffeisen geschäftlich auszubeuten und Dr. Steinmetz zu beauftragen, an Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei "mit Material" heranzutreten. Steinmetz schwindelte seinen Komplizen vor, dass er gute Beziehungen zu bekannten Sozialdemokraten habe. Natürlich hat er nie das Geringste in dieser Richtung unternommen und wäre auch bei einem Versuch ganz energisch abgewiesen worden. Das immerhin Pikanterie an dieser trüben Verfilzung von Politik und Betrug ist, dass ausgerechnet der überzeugte Nationalsozialist Bedenk Uralzeff den Rat gegeben hat, sich durch Steinmetz mit der Sozialdemokratischen Partei in Verbindung zu setzen.

+ + +

Die Schaufensterstürmer. In einer Verhandlung, die am Dienstag vor dem Grossen Schöffengericht Berlin-Mitte gegen vier nationalsozialistischen Teilnehmern an den Berliner Strassenkrawallen vom 13. Oktober 1930 stattfand, wurden die von der Berliner Polizei letztthin gemachten Feststellungen über die Planmässigkeit und die vorherige Organisation der Tumulte vollauf bestätigt. Die Verhandlung ergab, dass kurz vor der Reichstagseröffnung in den nationalsozialistischen Sturmlokalen die Parole ausgegeben worden ist, sich am Nachmittag des 13. Oktober vor dem Lokal Unger zu treffen, von wo aus man mit der Untergrundbahn in verschiedenen Gruppen zum Reichstag fuhr. Wie gründlich die Tumulte vorbereitet wurden, beweist die Tatsache, dass sogar von Brandenburg ein Trupp SA.-Leute mit dem Auto nach Berlin reiste, um ja nur beim Scheibenskrachen rechtzeitig zur Stelle zu sein. Der Angeklagte Heinrich belastet seine Nazi-Genossen aufs schwerste. Er gibt an, dass nach dem Sturm auf die Konditorei Dobrin der Ruf ertönt sei: "Sturm IV. und IX., hier sammeln!" Viele Leute wären dem Ruf gefolgt und hätten dann bei Wertheim die Schaufenster eingeworfen. Als die übrigen Angeklagten Heinrich wegen seiner Geständnisse Vorwürfe machen, erwidert dieser gelassen: "Ich bin ja auch verpiffen worden!"

+ + +

Tunneleinbruch. Zwischen Noli und Varigote bei Genua sind grosse Erdmassen eingestürzt, die einen Tunnel eingedrückt haben. Der Zugverkehr mit Ventimiglia ist eingestellt worden.

+ + +

Die brennende Braut. Bei einer Trauung in Piekar in Polnisch-Schlesien kam die Braut einer brennenden Opferkerze am Kirchenaltar zu nahe, sodass ihr Brautschleier Feuer fing. Die Unglückliche, die im Nu in hellen Flammen stand, erlitt schwere Brandverletzungen.

+ + +

Brennendes Postauto. Am Halleschen Tor in Berlin geriet am Dienstag ein Postauto, das zahlreiches Automaterial sowie eine Anzahl Stahlflaschen mit Sauerstoff und Azetylen mit sich führte, in Brand. Die Feuerwehr musste alle Kraft darauf konzentrieren, die gefährlichen Flaschen unter Wasser zu halten, um eine Explosion auf dem verkehrsreichen Platz, die unabsehbare Folgen gehabt hätte, zu verhindern. Das Postauto brannte vollständig aus.



Aussprechen, was ist!

Die neuen Arbeitslosenziffern.

SPD. Kein Rückgang der Sinflut. Unheimlich, unbeweglich steht die Flut der Arbeitslosigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Keine Besserung in Sicht. Der Ernst der Lage in der sich Deutschland befindet, drückt sich in dem neuen Arbeitsmarktbericht, der am Dienstag von der Reichsanstalt veröffentlicht wird, mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit aus.

Der Bericht der Reichsanstalt lautet im wesentlichen: Die Arbeitslosigkeit ist in der zweiten Hälfte des Monats Mai weiter, wenn auch in flacherem Bogen, zurückgegangen. Seitdem 15. Mai hat die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen um rund 144 000 abgenommen. Am 31. Mai belief sie sich auf rund 4 067 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden am letzten Stichtag - nach einem Rückgang um rund 134 000 - rund 1 579 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Belastung der Krisenfürsorge hat sich weiter, und zwar um etwa 15 000, auf rund 929 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht.

Ueber die Aufteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen nach der Art der gewährten Unterstützung liegen zur Zeit Zahlen erst für Ende April vor. Zu diesem Zeitpunkt wurden von 100 Arbeitslosen im Reichsdurchschnitt 86,7 unterstützt, davon die Hälfte aus der Arbeitslosenversicherung, knapp ein Viertel aus der Krisenfürsorge, etwas mehr als ein Viertel aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge.

Am Arbeitsmarkt des Kohlenbergbaus sind Zeichen eines Stillstandes der bisherigen rückläufigen Entwicklung zu erkennen. Im Ruhrkohlengebiet hat sich allerdings die Gesamtzahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter noch etwas erhöht; auch die Haldbestände dürften noch etwas angewachsen sein, doch ist die Zahl der Feierschichten gegenüber April von über 30 000 auf 26 685 arbeitstäglich im Mai zurückgegangen, und bei unverändert ungünstigem Absatz an Industriekohle hat sich der Hausbrandbedarf etwas erhöht. In den Braunkohlengebieten ist im allgemeinen der Beschäftigungsgrad besser geworden.

Die Landwirtschaft hat in den klimatisch günstigeren Gebieten etwas stärkeren Bedarf an Arbeitskräften entwickelt. Vielfach sucht man jedoch mit kurzfristig eingestellten Aushilfskräften auszukommen, sodass die Vermittlung nicht unerheblich hinter der des Vorjahrs zurückbleibt. Im Baugewerbe bleiben kurzfristige Beschäftigung und starke Fluktuation kennzeichnend für die Lage. Entsprechend gering ist der Kräftebedarf der Baustoffindustrien; einzelne Zementfabriken haben schon jetzt mit Entlassungen begonnen.

Zu den günstigen Teilarbeitsmärkten gehören vergleichsweise die der Spinnstoffindustrie und des Bekleidungsgebietes. Die Saisonbelegung in der Konfektion dürfte ihren Höhepunkt überschritten haben. Das Bild des Arbeitsmarkts der Metallindustrie ist unterschiedlich je nach den einzelnen Zweigen und Bezirken: in Westfalen Stillstand in der Schwerindustrie, Verschlechterung in der Metallverarbeitung, dagegen in Mitteldeutschland Aufnahmefähigkeit sowohl bei den Werkzeug- und Landmaschinen wie Metallwarenfabriken. Auch in der sächsischen Metallindustrie, in Schlesien, Bayern und Südwestdeutschland konnten in gewissem Umfange Kräfte untergebracht werden. Die Automobilindustrie nahm teilweise Entlassungen, an deren Stellen Neueinstellungen vor. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist besonders eine gewisse Aufnahmefähigkeit der Möbelindustrie bemerkenswert.

Verschiedene Zweige des Nahrungsmittelgewerbes sowie, der Saison entsprechend, das Gastwirtsgewerbe, waren erheblich an der Besserung der allgemeinen Lage beteiligt.

Der neue Arbeitsmarktbericht bringt eine schwere Enttäuschung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der zweiten Maihälfte ist, gemessen an der Gesamtlage, viel zu gering. Wohl ist er stärker als im Vorjahre, wo in der gleichen Zeit nur ein Rückgang um 61 000 zu verzeichnen war, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass wir Ende Mai 4 067 000 gemeldete Arbeitslose zählen gegen 2 640 000 im Vorjahr. Wir bleiben also bei 4 Millionen Arbeitslosen im Sommer stehen. Kein Wunder, wenn die Regierung jetzt bereits mit einer Durchschnittsarbeitslosenziffer von 4,5 Millionen rechnet.

Ein erschütternder Tatbestand! Eine neue und sehr eindringliche Mahnung an alle, die es mit dem deutschen Volk gut meinen, sich zu einer Tat zu sammeln und aufzuraffen. Die Not zwingt dazu. Von aussen her kann, wenn überhaupt, nur verhältnismässig langsam Hilfe kommen. Internationale Verhandlungen sind immer zeitraubend und schwierig. Deutschland muss daher selbst dafür sorgen, dass ihm in der Zeit bis zum Beginn einer gemeinsamen internationalen Aktion zur Bekämpfung der Krise nicht der Atem ausgeht. Für Deutschland steht viel auf dem Spiel, im Augenblick bereits viel mehr als die Notverordnung. Diese Notverordnung soll an einzelnen Stellen eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes schaffen. Wir versprechen uns von der in ihr vorgesehenen Arbeitsbeschaffung nicht viel, ganz abgesehen davon, dass diese Sorte von Arbeitsbeschaffung mit sehr harten Opfern erkaufte ist. Aber wie dem auch sein mag: nicht nur das Arbeitsbeschaffungskapitel in der Notverordnung, sondern die ganze Notverordnung ist ja eine Ungeheuerlichkeit, eine Abwälzung der Lasten auf die schwächsten Schultern. Aber auch die Erkenntnis, dass die neue Notverordnung ein Scheusal ist, nützt uns verdammt wenig, so notwendig es auch sein mag, diesem Monstrum die schlimmsten Krallen abzuschlagen. Es gilt jetzt bereits, weiter zu sehen, über die Notverordnung hinaus. Es gilt, rechtzeitig einer Katastrophe vorzubeugen, mit der heute im Volk fast schon jedermann rechnet. Nur eiserner Zusammenhalt aller gesunden Kräfte im Volk kann uns über den Winter hinwegbringen, kann uns vor einem Kampf aller gegen alle bewahren.

Die Stunde ist ernst. Die Not ist gross. Wo bleibt die Notgemeinschaft?

SPD. Die Bestrebungen, die gesamte Polizeibeamtenschaft in einer gemeinsamen Organisation auf republikanischem Boden zusammenzufassen, haben zu einem bedeutsamen Schritt geführt. Wie uns der Allgemeine Preussische Polizeibeamtenverband mitteilt, wurde von seinem Vorstand und Ausschuss dieser Tage in einer gemeinsamen Sitzung folgender Beschluss gefasst:

"In der Erkenntnis, dass in der heutigen wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeit nur eine einheitliche Interessenvertretung erspriessliche Arbeit im Interesse der Polizeibeamtenschaft leisten kann, schliessen sich beide Verbände, der Allgemeine Preussische Polizeibeamtenverband und der Verband Preussischer Polizeibeamten mit dem Ziel auf stärkere Konzentrierung der Berufsvertretung der Mitglieder zur Bildung einer Reichsgewerkschaft zusammen.

SPD. Der Berliner Bauarbeiterschutz-Kongress, der am Dienstag zu Ende ging, beschäftigte sich nach der grossen Kundgebung im Reichstag im weiteren Verlauf seiner Beratungen, die im Gewerkschaftshaus stattfanden, im wesentlichen mit den praktischen Möglichkeiten der Verbesserung und Ausgestaltung des Bauarbeiterschutzes. Es gab keine langen Referate und Debatten. Die Delegierten - alles Leute vom Bau - waren nicht nach Berlin gekommen, um Reden zu



Aussprechen, was ist!

Die neuen Arbeitslosenziffern.

SPD. Kein Rückgang der Sinflut. Unheimlich, unbeweglich steht die Flut der Arbeitslosigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Keine Besserung in Sicht. Der Ernst der Lage in der sich Deutschland befindet, drückt sich in dem neuen Arbeitsmarktbericht, der am Dienstag von der Reichsanstalt veröffentlicht wird, mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit aus.

Der Bericht der Reichsanstalt lautet im wesentlichen: Die Arbeitslosigkeit ist in der zweiten Hälfte des Monats Mai weiter, wenn auch in flacherem Bogen, zurückgegangen. Seitdem 15. Mai hat die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen um rund 144 000 abgenommen. Am 31. Mai belief sie sich auf rund 4 067 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden am letzten Stichtag - nach einem Rückgang um rund 134 000 - rund 1 579 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Belastung der Krisenfürsorge hat sich weiter, und zwar um etwa 15 000, auf rund 929 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht.

Ueber die Aufteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen nach der Art der gewährten Unterstützung liegen zur Zeit Zahlen erst für Ende April vor. Zu diesem Zeitpunkt wurden von 100 Arbeitslosen im Reichsdurchschnitt 86,7 unterstützt, davon die Hälfte aus der Arbeitslosenversicherung, knapp ein Viertel aus der Krisenfürsorge, etwas mehr als ein Viertel aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge.

Am Arbeitsmarkt des Kohlenbergbaus sind Zeichen eines Stillstandes der bisherigen rückläufigen Entwicklung zu erkennen. Im Ruhrkohlengebiet hat sich allerdings die Gesamtzahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter noch etwas erhöht; auch die Haldbestände dürften noch etwas angewachsen sein, doch ist die Zahl der Feierschichten gegenüber April von über 30 000 auf 26 685 arbeitstäglich im Mai zurückgegangen, und bei unverändert ungünstigem Absatz an Industriekohle hat sich der Hausbrandbedarf etwas erhöht. In den Braunkohlengebieten ist im allgemeinen der Beschäftigungsgrad besser geworden.

Die Landwirtschaft hat in den klimatisch günstigeren Gebieten etwas stärkeren Bedarf an Arbeitskräften entwickelt. Vielfach sucht man jedoch mit kurzfristig eingestellten Aushilfskräften auszukommen, sodass die Vermittlung nicht unerheblich hinter der des Vorjahres zurückbleibt. Im Baugewerbe bleiben kurzfristige Beschäftigung und starke Fluktuation kennzeichnend für die Lage. Entsprechend gering ist der Kräftebedarf der Baustoffindustrien; einzelne Zementfabriken haben schon jetzt mit Entlassungen begonnen.

Zu den günstigen Teilarbeitsmärkten gehören vergleichsweise die der Spinnstoffindustrie und des Bekleidungsgebietes. Die Saisonbelegung in der Konfektion dürfte ihren Höhepunkt überschritten haben. Das Bild des Arbeitsmarkts der Metallindustrie ist unterschiedlich je nach den einzelnen Zweigen und Bezirken: in Westfalen Stillstand in der Schwerindustrie, Verschlechterung in der Metallverarbeitung, dagegen in Mitteldeutschland Aufnahmefähigkeit sowohl bei den Werkzeug- und Landmaschinen wie Metallwarenfabriken. Auch in der sächsischen Metallindustrie, in Schlesien, Bayern und Südwestdeutschland konnten in gewissem Umfange Kräfte untergebracht werden. Die Automobilindustrie nahm teilweise Entlassungen, an deren Stellen Neueinstellungen vor. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist besonders eine gewisse Aufnahmefähigkeit der Möbelindustrie bemerkenswert.

Verschiedene Zweige des Nahrungsmittelgewerbes sowie, der Saison entsprechend, das Gastwirtsgewerbe, waren erheblich an der Besserung der allgemeinen Lage beteiligt.

Der neue Arbeitsmarktbericht bringt eine schwere Enttäuschung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der zweiten Maihälfte ist, gemessen an der Gesamtlage, viel zu gering. Wohl ist er stärker als im Vorjahre, wo in der gleichen Zeit nur ein Rückgang um 61 000 zu verzeichnen war, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass wir Ende Mai 4 067 000 gemeldete Arbeitslose zählen gegen 2 640 000 im Vorjahr. Wir bleiben also bei 4 Millionen Arbeitslosen im Sommer stehen. Kein Wunder, wenn die Regierung jetzt bereits mit einer Durchschnittsarbeitslosenziffer von 4,5 Millionen rechnet.

Ein erschütternder Tatbestand! Eine neue und sehr eindringliche Mahnung an alle, die es mit dem deutschen Volk gut meinen, sich zu einer Tat zu sammeln und aufzuraffen. Die Not zwingt dazu. Von aussen her kann, wenn überhaupt, nur verhältnismässig langsam Hilfe kommen. Internationale Verhandlungen sind immer zeitraubend und schwierig. Deutschland muss daher selbst dafür sorgen, dass ihm in der Zeit bis zum Beginn einer gemeinsamen internationalen Aktion zur Bekämpfung der Krise nicht der Atem ausgeht. Für Deutschland steht viel auf dem Spiel, im Augenblick bereits viel mehr als die Notverordnung. Diese Notverordnung soll an einzelnen Stellen eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes schaffen. Wir versprechen uns von der in ihr vorgesehenen Arbeitsbeschaffung nicht viel, ganz abgesehen davon, dass diese Sorte von Arbeitsbeschaffung mit sehr harten Opfern erkaufte ist. Aber wie dem auch sein mag: nicht nur das Arbeitsbeschaffungskapitel in der Notverordnung, sondern die ganze Notverordnung ist ja eine Ungeheuerlichkeit, eine Abwälzung der Lasten auf die schwächsten Schultern. Aber auch die Erkenntnis, dass die neue Notverordnung ein Scheusal ist, nützt uns verdammt wenig, so notwendig es auch sein mag, diesem Monstrum die schlimmsten Krallen abzuschlagen. Es gilt jetzt bereits, weiter zu sehen, über die Notverordnung hinaus. Es gilt, rechtzeitig einer Katastrophe vorzubeugen, mit der heute im Volk fast schon jedermann rechnet. Nur eiserner Zusammenhalt aller gesunden Kräfte im Volk kann uns über den Winter hinwegbringen, kann uns vor einem Kampf aller gegen alle bewahren.

Die Stunde ist ernst. Die Not ist gross. Wo bleibt die Notgemeinschaft?

SPD. Die Bestrebungen, die gesamte Polizeibeamtenschaft in einer gemeinsamen Organisation auf republikanischem Boden zusammenzufassen, haben zu einem bedeutsamen Schritt geführt. Wie uns der Allgemeine Preussische Polizeibeamtenverband mitteilt, wurde von seinem Vorstand und Ausschuss dieser Tage in einer gemeinsamen Sitzung folgender Beschluss gefasst:

"In der Erkenntnis, dass in der heutigen wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeit nur eine einheitliche Interessenvertretung erspriessliche Arbeit im Interesse der Polizeibeamtenschaft leisten kann, schliessen sich beide Verbände, der Allgemeine Preussische Polizeibeamtenverband und der Verband Preussischer Polizeibeamten mit dem Ziel auf stärkere Konzentrierung der Berufsvertretung der Mitglieder zur Bildung einer Reichsgewerkschaft zusammen.

SPD. Der Berliner Bauarbeiterschutzz-Kongress, der am Dienstag zu Ende ging, beschäftigte sich nach der grossen Kundgebung im Reichstag im weiteren Verlauf seiner Beratungen, die im Gewerkschaftshaus stattfanden, im wesentlichen mit den praktischen Möglichkeiten der Verbesserung und Ausgestaltung des Bauarbeiterschutzes. Es gab keine langen Referate und Debatten. Die Delegierten - alles Leute vom Bau - waren nicht nach Berlin gekommen, um Reden zu

halten, sondern um nach Mitteln und Wegen zu suchen, damit künftig Leben und Gesundheit der Bauarbeiter besser geschützt werden.

Der Bearbeiter der Arbeiterschutzfragen im ADGB, Sachs, forderte in seinem Referat über die Entwicklung des Bauarbeiterschutzes mit schärfstem Nachdruck, dass in die Bauaufsicht endlich einmal System und Ordnung gebracht werde. Vor allem müsse dahin gewirkt werden, dass den Bauarbeitern bei den Trägern der Unfallversicherung ein massgebendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werde. Für die Bauaufsicht sei eine vermehrte Einstellung von Baukontrolleuren aus den Reihen der Bauarbeiter dringend notwendig. Desgleichen eine Erweiterung der Befugnis dieser Kontrolleure, damit sie tatkräftig und ohne viel Umstände den Bauarbeiterschutzbestimmungen überall Geltung verschaffen können. - Die Aufgaben der Bauarbeiterschutz-Kommission beleuchtete Wüst vom ADGB. Er bezeichnete als ihre Hauptaufgabe die Aufklärung der Mitglieder und Funktionäre der Bauarbeitergewerkschaften über die Gefahren der Bauarbeit. - Daneben hätten sie für die Verbesserung des Bauarbeiterschutzes auf dem Wege der Gesetzgebung Vorarbeit zu leisten. - Die Bekämpfung der Berufskrankheiten im Baugewerbe wurde von dem ADGB-Sekretär Meyer-Brodnitz erläutert: Die Bauarbeiter leiden nicht nur unter den Unfallgefahren und Witterungseinflüssen, sondern von Tag zu Tag immer stärker auch unter Berufskrankheiten, die vor allem aus der Hantierung mit giftigen Baumaterialien entstehen. Die Verwendung neuzeitlicher Imprägnierungsmittel führen zu harnäckigen und lästigen Hauterkrankungen. Diese Erkrankungen sind aber nicht entschädigungspflichtig. Sehr stark sind die Zement- und Sandsteinarbeiter der Staublungenerkrankung ausgesetzt. Die Unfallversicherung berücksichtigt jedoch nur die schweren Staublungenerkrankungen. Grosse Gefahren für die Gesundheit birgt auch die neue Arbeit mit Pressluftwerkzeugen, in sich. Der Rückstoss der Werkzeuge führt zu Erkrankungen der Knochen, Muskeln und Gelenke, und die Krankheitsverhütung steckt hier noch in den ersten Anfängen. Auf dem Gebiet der Krankheitsverhütung im Baugewerbe ist, wie man sieht, für die Arbeiterschutz-Kommissionen noch unendlich viel zu tun.

Den Abschluss der arbeitsreichen Tagung bildete ein Referat des Leiters der Bauhütte "Bauwohl" Hamburg, Briel, der die mit den modernen Baumethoden verbundenen Gefahren beleuchtete. Auch im Baugewerbe herrscht heute das Wort "Tempo". Die Einführung arbeitsparender Maschinen hat die Unfallgefahren enorm vermehrt. Die Aufsichtsbeamten sind oft auch nicht mit den neuen Formen der Technik genügend vertraut; es fällt ihnen daher schwer, einen wirksamen Schutz auf den Baustellen zu gewährleisten. Infolgedessen haben vor allem die Bau-delegierten die moralische Verpflichtung, einzugreifen, wozu ihnen das Betriebsrätegesetz das Recht gibt.

Die Richtlinien und Forderungen der einzelnen Referate wurden in verschiedenen Entschliessungen zusammengefasst, die der Kongress einstimmig annahm.

SPD. Die Schlichtungsverhandlungen über den Rahmentarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel Kölns kamen zu einem vorläufigen Abschluss. Der Rahmenvertrag soll in seiner alten Fassung mit einigen Verbesserungen, bzw. Aenderungen, die der neuen Rechtslage entsprechen, wieder in Kraft treten. Ferner ist ein Kurzarbeitsabkommen vorgesehen, wonach eventuell eine Kürzung der Arbeitszeit bei entsprechender Gehaltsverringerung bis zu höchstens 10 Prozent möglich ist.

Diese vorläufige Vereinbarung bedarf noch der Zustimmung der beiden Parteien. Sie kann bis zum 15. Juni widerrufen werden.

Wirtschaft Technik Ganvel

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Wenig Greifbares, dafür aber Arbeitsdienst.

SPD. Der Zustand unserer Arbeitsmärkte und die Tatsache, dass in Deutschland seit Jahren Millionen ohne Arbeit sind, hätten es der Reichsregierung zur unbedingten Pflicht machen müssen, in der Notverordnung den Begriff der Not auch nach der Richtung der Wiedereinreihung der Arbeitslosenarmee in den Produktionsprozess auszulegen. Die Notverordnung enthält in gewissem Sinne ein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Leider darf man sich von diesem Programm nicht allzuviel versprechen. Herausgekommen ist dabei aber der famose "Arbeitsdienst."

Angesichts der Schwere der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist es auch bürgerlichen Kreisen klar geworden, dass die Krisenüberwindung nicht rasch genug aus dem automatischen Wirtschaftsverlauf erfolgen kann. Man hat einsehen gelernt, dass eine Ankurbelung der lahmgelegten Wirtschaftskräfte erfolgen muss. Schon die Braunskommission ist in ihrem zweiten Gutachten zu dem Schluss gekommen, dass die Erstarrung der deutschen Wirtschaft dazu zwingt, die "nichtfunktionierende Initiative der Privatwirtschaft durch weitgreifende öffentliche Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage von Auslandsanleihen zu ersetzen". Wir sind uns bewusst, dass nach wie vor die Schwierigkeiten für die Aufnahme langfristiger grösserer Auslandskredite ganz bedeutend sind. Trotzdem müssten grössere Anstrengungen gemacht werden, um solche Anleihen hereinzuholen. Die Reichsregierung lehnt jedoch nach einer Verlautbarung, die sie mit der Notverordnung veröffentlichte, diesen Weg grundsätzlich ab. Sie will die Arbeitsbeschaffung im wesentlichen aus Steuermitteln und ersparten Arbeitslosenunterstützungen finanzieren. Dadurch wird aber die Arbeitsbeschaffung von vornherein ausserordentlich eingeengt. Der Volkswirtschaft wird nicht das erforderliche Kapitel zugeführt.

So erst lassen sich die Massnahmen verstehen, die in der dritten Notverordnung enthalten sind und die den Zweck haben sollen, die Arbeitslosigkeit zu mildern und den Arbeitslosen Brot und Arbeit zu verschaffen. Zunächst sollen aus der Krisensteuer 140 Millionen Mark für Arbeitsbeschaffungszwecke verwandt werden. Diese 140 Millionen Mark sollen Aufträge an die Schwerindustrie zugute kommen. Auch von dem "freiwilligen Arbeitsdienst" verspricht man sich erhebliche Arbeitsmöglichkeiten. Dagegen bleibt es in der Frage der Arbeitszeitverkürzung bei einer Ermächtigung, die Arbeitszeit in einzelnen Industrien auf 40 Stunden herunter zu setzen. Die Regierung müsste doch wirklich Zeit genug gehabt haben, sich gründlich zu überlegen, in welchen Zweigen der Wirtschaft man die Arbeitszeitverkürzung durchführen kann und durchführen will. Statt einer Ermächtigung, die zuguterletzt zu nichts verpflichtet, hätte sie zu praktischen Massnahmen greifen müssen. Allerdings will man in den Betrieben der öffentlichen Verwaltung und ganz allgemein in den öffentlichen Betrieben zur Verkürzung der Arbeitszeit schreiten. Versteht sich, ohne jeglichen Lohnausgleich. Vielmehr sollen starke Lohnkürzungen stattfinden. Die Notverordnung sieht für die Arbeiter der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Betriebe deshalb neben der starken neuen Massenbelastung (Krisenlohnsteuern usw.) beträchtliche Lohnherabsetzungen vor. Sie zwingt auch die Kommunen, auf den bedeutend niedrigeren Lohnstand des Reiches herunterzugehen. Unter diesen Umständen

den wird das ohnehin grosse Opfer, das die noch in Arbeit Stehenden den Arbeitslosen bringen müssen und bringen wollen, fast untragbar gemacht.

Als einzig Greifbares des Brüning'schen Arbeitsbeschaffungsprogramms bleiben die zusätzlichen Bestellungen der Reichsbahn für Gleiserneuerung und Gleisumbau im Gesamtbetrage von 200 Millionen Mark. Angeblich will man mit diesem Programm 120 000 Mann für ein halbes Jahr beschäftigen. Andererseits geschieht zur Belebung des Baumarktes, der infolge der rücksichtslosen Kürzung der Hauszinssteuermittel schwer daniederliegt, garnichts. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres sollen Reichsgarantien für zweitstellige Hypotheken, deren Beschaffung ohne öffentliche Garantie so gut wie unmöglich ist, stärker gewährt werden. Warum aber erst in der zweiten Hälfte des Jahres und nicht früher oder gleich, ist nicht gut einzusehen. Auch für die dringende Frage der Verbilligung von Kleinstwohnungen, deren Bau angesichts der gedrückten Einkommensverhältnisse der Wohnungssuchenden erst bei Lösung des Mietenproblems sozial und wirtschaftlich sinnvoll wird, werden keine Massnahmen getroffen. Allerdings sieht die Notverordnung eine gewisse Reserve vor. Aus den Erträgen der Krisensteuer soll nämlich ein Drittel zur Arbeitsbeschaffung verwandt werden. Von vornherein gehen, wie bereits erwähnt, von diesem Drittel 140 Millionen Mark für die Reichsbahnaufträge ab. Ueber den Rest sind noch keine Beschlüsse gefasst worden. Zu befürchten ist aber, dass dieser Rest, gerade die 140 Millionen Mark, in den Subventionsfond fliesst.

Wirtschaftlich und sozial äusserst bedenklich ist der in der Notverordnung aufgezugene "Freiwillige Arbeitsdienst". Der Text darüber ist ziemlich undeutlich gehalten. Man darf aber annehmen, dass das Reich den Vereinigungen, die derartige Arbeitskolonnen organisieren und Arbeiten durchführen, erhebliche Mittel und Garantien geben will. In der Notverordnung ist eine Ermächtigung enthalten, nach der das Reich Garantien im Umfang von 300 Millionen Mark für produktive Arbeiten geben kann. Ferner wird das Reich ermächtigt, Schuldbuchforderungen für die Finanzierung dieser Arbeiten auszustellen. Man muss nun bezweifeln, ob derartige Vereinigungen - in Frage kommen landwirtschaftliche Meliorationsgenossenschaften, Deichgenossenschaften und Siedlungsverbände, aber möglicherweise auch rechtsstehende Wehrverbände - solche Arbeiten unter hinreichender Würdigung der Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit auswählen und auch durchführen. Schon jetzt tauchen darüber phantastische Projekte auf. Wir befürchten, dass die Phantastereien mit der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht mit einer grossen finanziellen Pleite endet, für die das Reich, d.h. die Allgemeinheit dann gerade zu stehen hat. Dabei bedeutet dieser Arbeitsdienst schlimmste soziale Entrechtung, Ausbeutung, Lohnrückerei usw. Dass die "Freiwilligen" einem politischen Zwang unterworfen werden, darüber muss man sich klar sein. Deshalb ist es uns unbegreiflich, wie sich der Präsident der Reichsanstalt von diesem freiwilligen Arbeitsdienst für die Zukunft viel versprechen kann.

Schon allein dieser Ueberblick zeigt, dass die Notverordnung und das Regierungsprogramm nur wenig wirksame Massnahmen für die Arbeitsbeschaffung enthalten. Dagegen wimmelt es von wirtschaftlichem Unsinn und sozial verkehrten Vorschlägen. Die Arbeitslosen, die nun seit Jahren auf Arbeit warten, sind enttäuscht. Durch das, was die Notverordnung bringt, werden sie kaum Arbeit finden.

Der Kampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hat das in erster Linie zu berücksichtigen. Es gilt nicht nur, die sozialen Härten und Ungerechtigkeiten der Notverordnung zu bekämpfen; ebenso wichtig ist, der Regierung klar zu machen, dass im Rahmen des Möglichen alle zweckmässigen und wirklich wirksamen Wege für Arbeitsbeschaffung beschritten werden.

SPD. Eine der ersten Industrien, die in Deutschland von der Wucht der Krise betroffen wurde, war die Kunstseidenindustrie. Aber die Kunstseidenindustrie war, wie wohl so ziemlich jeder andere Wirtschaftszweig, nicht ganz unschuldig an den Verschlechterungen. Gerade diese Industrie hatte die Preise in der Zeit zunehmenden Verbrauchs stark überhöht gehalten, was früher oder später auf den Absatz zurückwirken musste. Der hohe Preis brachte zunächst hohe Gewinne und Rekorddividenden. Der Rekordprofit verführte aber zu einer Ueberexpansion. Es wurden starke Kapitalmassen neu in die Kunstseidenindustrie gesteckt, neue Fabriken gebaut und schliesslich eine Kapazität geschaffen, die nicht mehr in entsprechendem Verhältnis zum Markt und zum Verbrauch stand. Es kam die Krise in der Kunstseidenindustrie, die die Aktien auf einen noch nie dagewesenen Tiefstand drückte und eine Bereinigung notwendig machte.

Die Bereinigung ging bei dem grössten deutschen Kunstseidenkonzern, den Elberfelder Glanzstofffabriken, so vor sich, dass die Elberfelder Glanzstofffabriken Anlehnung an den holländischen Kunstseidenkonzern, den sogenannten Enka-Konzern suchten und fanden. Das geschah auch schon aus "Ersparnisgründen" auf steuerlichem Gebiet, Aus den Elberfelder Glanzstofffabriken und der Enka entstand die Aku (Allgemeene Kunstzijde Unie). Hauptunternehmen ist die Aku Holland. Die Elberfelder Kunstseidenfabriken fungieren als Tochterunternehmung. Die Krisenbereinigung ging bei den Elberfelder Glanzstofffabriken in der Art vor sich, dass das Unternehmen riesige Summen (im vorigen Jahr über 50 Millionen Mark) auf seine Beteiligungen abschrieb. So brachte man das Kapital in ein besseres Verhältnis zu den Gewinnmöglichkeiten. Auf der veränderten Basis hat nun die Aku im vorigen Jahr gearbeitet. Das Jahr schliesst auch mit einem Verlust.

Dieser Verlust sieht aber sehr merkwürdig aus. Aus den jetzt veröffentlichten Mitteilungen über den Jahresabschluss bei der Aku und der Glanzstoff erfährt man, dass die Verluste auf sehr hohe Abschreibungen zurückzuführen sind. Diese Abschreibungen hat man benutzt, um die "Vorräte vorsichtig zu bewerten" und unter den Stand der durch den Konkurrenzkampf in der Kunstseide gedrückten Preis zu senken. Man hat also stille Reserven geschaffen. Diese stillen Reserven erscheinen als Verlust.

Ueberhaupt atmet der Bericht der Aku und auch der Bericht der Elberfelder Glanzstofffabriken optimistischen Geist. Damit steht im Einklang, dass trotz Verlustabschlusses eine äusserst flüssige Bilanz vorgelegt wird. Es mag möglich sein, dass dafür besondere Veranlassung und besondere Hoffnungen vorliegen. So denkt man durch ein Kunstseidenkartell dem Konkurrenzkampf in der Kunstseidenindustrie ein Ende zu machen und u.a. auch die Einfuhr von Kunstseide nach Deutschland zu kontingentieren. Die neue Verfassung der Kunstseidenmärkte würde dann ohne Zweifel nach Richtung einer Erhöhung der Kunstseidenpreise ausgebeutet. Eine solche unbegründete Preiserhöhung könnten wir aber gerade jetzt nicht gebrauchen. Die Regierung, die ja in der Notverordnung abermals die Notwendigkeit der Preissenkungsaktion unterstrichen hat, tut gut, diese Dinge im Auge zu behalten.

Ueber die Absatzlage im Akukonzern ist zu sagen, dass trotz der Krise im Jahre 1930 Deutschland, im Gegensatz zum Weltverbrauch, einen höheren Kunstseidenverbrauch gehabt hat. Ausserdem hat der Akukonzern seine Produktion auf die besten Betriebe konzentriert, diese voll beschäftigt und diese so äusserst rentabel gemacht. Woraus nur zu folgern ist, dass überhöhte Kunstseidenpreise, wie sie jetzt im Rahmen eines Kunstseidenkartells erstrebt werden, auch produktionstechnisch unbegründet sind.

Berliner Viehmarkt.

(9. Juni)

SPD. Der Schweinemarkt war am Dienstag nur wenig beschickt, was zur Folge hatte, dass die Käufer höhere Preise anlegen mussten. Der Schweinepreis nähert sich in Berlin seit Pfingsten, natürlich mit Unterbrechungen, der 50 Mark-Grenze. Dabei darf man nicht übersehen, dass die Preisentwicklung durchaus vom Auftrieb und nicht etwa von einer besseren Absatzmarktlage bestimmt wird. Die Hammelpreise konnten sich nicht ganz auf der Höhe des Vormarktes halten. Der Auftrieb genügte. Das Geschäft vollzog sich glatt. Der Kälbermarkt brachte wieder starke Erhöhungen, weil der Auftrieb zu klein war. Am Rindermarkt fehlten bessere Qualitäten, was entsprechenden Preisaufschlag zur Folge hatte.

Notierungen: Schweine: (über 300 Pfund) 48-50 (voriger Markt 45-46), (240-300 Pfund) 48-50 (45-46), (200-240 Pfund) 48-50 (45), (160-200 Pfund) 46-48 (43-44), (120-160 Pfund) 42-45 (40-42), Sauen 43-45 (41). Schafe: a 47-51 (48-51), b 44-46 (45-48), c. 38-42 (42-44), d. 25-30 (30). Kälber: b. 65-72 (58-65), c. 45-63 (40-55), d. 30-43 (20-38), Kühe: a. 35-39 (33-37), b. 30-33 (26-31), c. 22-28 (20-25), d. 15-20 (15-18).

SPD. Der in den letzten Tagen der verflossenen Woche einsetzende äusserst starke Abzug fremder Gelder aus Deutschland (siehe den Spitzenartikel in der Wirtschaft vom 6. Juni, Red.) kommt im Reichsbankausweis für die Woche zum 6. Juni - der verflossene Sonnabend, an dem die Beanspruchung des deutschen Devisenmarktes besonders stark war, ist also mit erfasst worden - darin zum Ausdruck, dass die Reichsbank Verluste an Devisen und Gold in Höhe von über 163 Millionen Mark nachweist. Die Goldbestände gingen um 90,4 Millionen Mark auf 2 299,9 Millionen Mark zurück. Die Bestände an deckungsfähigen Devisen verringerten sich um 73,2 Millionen Mark auf 113 Millionen Mark. Insgesamt haben sich durch die Bewegung auf den Geld- und Devisenmärkten in nur wenigen Tagen die Bestände an Gold und Deckungsdevisen um 163,6 Millionen Mark auf 2 412,9 Millionen Mark vermindert. Trotzdem hat sich die Bank gut behauptet.

Man muss sich die Bewegung markttechnisch so vorstellen, dass die Banken, bei denen ausländisches Geld abgenommen wurde, Rückhalt bei der Reichsbank suchen. Das bedeutet eine stärkere Beanspruchung des Reichsbankkredits. Die Dinge haben sich hier nach dem vorliegenden Ausweis für die erste Juniwoche so vollzogen: Zur Ueberwindung des Maiultimo - das Monatsende bringt wegen der häufigeren Fälligkeitstermine einen grösseren Geldbedarf - wurde der Reichsbankkredit zusätzlich mit etwa 486 Millionen Mark in Anspruch genommen. In den letzten Monaten floss der zusätzliche, gegen Monatsende in Anspruch genommene Kredit zu weit mehr als der Hälfte bereits in der ersten Woche des neuen Monats an die Reichsbank zurück. Diesmal, erste Juniwoche, sind jedoch nur 150 Millionen Mark zurückgeflossen. Das sind etwas mehr als 30 Prozent gegenüber mehr als 55 Prozent in der ersten Maiwoche. Die Differenz gibt eine, leider allzu gute Vorstellung von der Anspannung des Kredits.

In diesem Zusammenhang muss der Vorstellung entgegen getreten werden, als ob bei den Geldabzügen besonders Frankreich beteiligt sei. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall, da Frankreich seit langem nicht besonders umfangreiche Guthaben in Deutschland unterhält.

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 55,6 Prozent in der Vorwoche auf 56,4 Prozent, die Deckung durch Gold und Deckungsdevisen verminderte sich dagegen von 59,9 Prozent in der Vorwoche auf 59,2 Prozent. Die deutschen Noten zeigen also selbst in der Zeit stärksten Gold- und Devisenabzuges eine aussergewöhnlich hohe Deckung. Eine Gefahr für die Festigkeit der Mark besteht nicht!

Gute Ernteaussichten.

(Berliner Getreidebörse vom 9. Juni)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse am Dienstag war merklich schwächer als am Tage zuvor. Die unvermindert günstigen Ernteaussichten hatten im Zeithandel Preisrückgänge von etwa 2 Mark für beide Brotgetreidearten zur Folge. Im Handel mit prompter Ware ist zwar das Angebot nicht stärker geworden. Jedoch fehlten beim Weizen die Käufe der westdeutschen Mühlen, sodass sich auch hier Preisverluste von 1 bis 2 Mark ergaben. Prompter Roggen konnte, bei sehr geringem Angebot, seinen Preisstand behaupten. Am Mehlmarkt ist wider vollkommene Ruhe eingetreten. Nur für sofort verladbares Roggenmehl zeigt sich noch einiges Interesse. Am Hafermarkt hat sich das Angebot verstärkt. Da die Kaufelust gering geworden ist, konnten sich die Preise nicht voll behaupten.

	8. Juni	9. Juni
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	274 - 276	273 - 275
Roggen	198 - 200	196 - 198
Futter- und Industrieroggen	210 - 226	210 - 226
Hafer	185 - 190	183 - 188
Weizenmehl	32,75 - 38,00	32,75 - 38,00
Roggenkleie	26,40 - 28,25	26,30 - 28,10
Weizenkleie	14,50 - 14,70	14,50 - 14,70
Roggenkleie	13,40 - 13,65	13,40 - 13,65

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 287½-286½ (Vortag 289½), September 243 plus Brief (245½), Oktober 244 (246). Roggen Juli 196½ (199), September 187-187½ (189). Oktober 187½-188 Geld (189½), Hafer Juli 189½ (192½), Oktober 165½-166½ Geld (-).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	Rh	0,60 - 0,70
" " Weizenstroh "	Rh	0,50 - 0,60
" " Haferstroh "	Rh	0,50 - 0,60
" " Gerstenstroh "	Rh	0,50 - 0,60
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	Rh	0,90 - 1,05
Bindfadengepresstes Roggenstroh	Rh	0,70 - 0,90
" " Weizenstroh	Rh	0,50 - 0,70
Häcksel	Rh	1,50 - 1,70
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	Rh	1,90 - 2,10
Gutes Heu, gesund und trocken	Rh	2,35 - 2,75
Luzerne, lose		-
Thymothee, lose	Rh	3,25 - 3,70
Kleeheu, lose	Rh	3,20 - 3,50
Drahtgepresstes Heu	Rh	0,30 über Notiz

Tendenz stetig.